

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

5
2014

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Rente: Nicht zu
Lasten der Jüngeren

EUROPAWAHL

Alle Kandidaten
der MIT und MU

MIT-INSIDE

Neuorientierung
im Mittelstand



Damit Europa mehr Arbeit
und Wachstum schafft.

CDU-Plakat zur Wahl
am 25. Mai



„Mütter stärken“
Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende.

Spendenkonto: **88 80** · Bank für Sozialwirtschaft München
BLZ 700 205 00

Tel.: 030 330029 0
www.muettergenesungswerk.de



Elly Heuss-Knapp-Stiftung
Müttergenesungswerk

Unser Ziel bis 2017 Zukunftsflügel der Union

Dieses Ziel ist ein ehrgeiziges und verlangt uns noch ein gutes Stück Arbeit, gepaart mit Zähigkeit, Geduld und Kreativität, ab. Doch wir sind auf dem richtigen Weg, das hat nicht zuletzt der CDU-Parteitag Anfang April in Berlin gezeigt: Wir vom Wirtschaftsflügel sind nicht die einzigen, die unzufrieden sind mit der ungleichen Rollenverteilung in der großen Koalition. Eine Zeitung sprach in diesem Zusammenhang von einem „Hallowach-Moment“ für die CDU.

Gestalten statt Schaden begrenzen

Die Union darf nicht nur als Schadensbegrenzer in dieser Koalition mit der SPD wahrgenommen werden, sondern sie muss auch selbst sagen, wo die Reise hingehen soll. Wir dürfen nicht nur diejenigen sein, die das Schlimmste verhindern, sondern wir müssen uns als diejenigen profilieren, die das Beste machen. Nehmen wir das Beispiel der aktuellen Rentendebatte: Viel zu lange haben wir nur an den Plänen der SPD herumgemäkelt, statt ihnen etwas Gestalterisches entgegenzusetzen. Das tun wir jetzt, und der Koalitionsvertrag eröffnet dazu auch die nötigen Spielräume.

Flexi-Rente statt Dauer-Frühverrentungs-Programm

Wir, die Mittelständler in der Union, waren es, die das Vorhaben der SPD „Rente mit 63“ als

gesetzlich initiiertes Dauer-Frühverrentungs-Programm mit hohem Ungerechtigkeitsfaktor entlarvt haben. Auch die Anrechnung unbegrenzter Arbeitslosenzeiten spricht gegen jegliche ordnungspolitische Vernunft.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir schlagen daher die Flexi-Rente vor. Jeder soll selbst entscheiden, ob er nach seinem Renteneintritt noch weiterarbeiten möchte. Sein Arbeitgeber braucht dazu mehr Rechtssicherheit und darf nicht länger mit Renten- und Arbeitslosenbeiträgen belastet werden. Für dieses Konzept haben wir auch die Unterstützung der Fraktionsspitze.

An diesem Beispiel sieht man: Unsere Vereinigung findet wieder Gehör im politischen Berlin.

Wir sind nicht mehr nur Zuschauer, sondern wir gehören wieder zu den Akteuren. Das sollte uns dazu ermutigen, diesen Weg weiter zu verfolgen. Es gibt genügend Themen, bei denen wir uns einbringen müssen. Zum Beispiel bei den Debatten um das EEG, die Beseitigung der kalten Progression oder auch die Verbesserung des Gründungsklimas in Deutschland.

Herzlichst

Carsten Linnemann



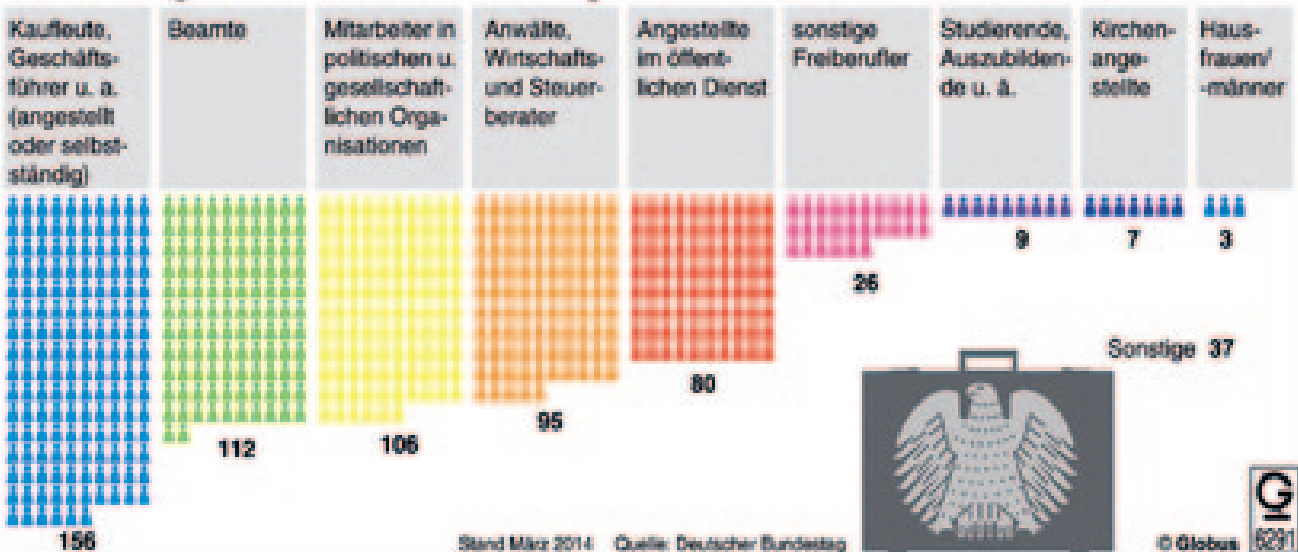
Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU



DURCH DIESE HOHLE GASSE ...

Die Berufe der Bundestagsabgeordneten

Von den 631 Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags sind





8



14

Die Kandidaten der MIT und MU für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014

18



22



26

POLITIK

- 3 EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur Verortung des Mittelstandes
- 6 MIT in den Medien**
- 8 - 13 Europawahl am 25. Mai**
Interviews mit David McAllister und Hans-Gert Pöttering
- 14 Rentenpolitik**
Nicht zu Lasten der jüngeren Generation
- 18 Deutschlandkarte**
Wer kandidiert wo? Übersicht über die Kandidaten zum Europaparlament aus MIT und MU

SERVICE

- 20 Leser-Reise nach Österreich**
- 22 AUTO-Test**
VW Multivan und Nissan Leaf
- 23 Unser Steuertipp**
- 24 Aktuelle Urteile**
- 25 Unsere Bücherseite**

MIT-/ MU-INSIDE

- Aus den Regionalverbänden der MIT und der MU**
- 26 MIT-Kreisvorsitzenden-Konferenz in Würzburg**
- 28 Aus den Regionalverbänden**
- 32 Aus dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM)**
- 33 Namen sind Nachrichten**
- 34 Baustelle Berlin, die letzte**
- 34 Impressum**

Was 8,50 € Mindestlohn für Unternehmen heißen kann

Beispiel: Arbeitnehmer mit monatlicher Arbeitszeit von 160 Stunden

Ausgangslohn von... pro Stunde	Mehrbelastung* für Unternehmen bei einem Mindestlohn von 8,50 €/Stunde ...in Euro pro Monat	...in %
5,00 €	667,94	70,0
5,50 €	572,52	54,5
6,00 €	477,10	41,7
6,50 €	381,68	30,7
7,00 €	286,26	21,4
7,50 €	190,84	13,3
8,00 €	95,42	8,3

*Die Mehrbelastungen ergeben sich aus der Bruttohöherführung einschließlich der erhöhten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (Beitragsätze 2014).
Quelle: Ifo Institut 102 0414



Fotos: Fotolia

MIT



... in den Medien

„Es besteht die Gefahr, dass der ein oder andere auf die Idee kommt, lieber jobben zu gehen, anstatt eine Ausbildung zu machen, wo man weniger Geld bekommt.“
Carsten Linnemann, tagesthemen (ARD), 18. März 2014

„Das Rentenpaket ignoriert die Frage, die sich eine älter werdende Gesellschaft stellen muss: Wie können wir Fachkräften ermöglichen, länger am Erwerbsleben teilzuhaben?“
Carsten Linnemann, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März 2014

„Ich halte die Zahl 18 für definitiv zu gering. Die Koalition sollte sich am niederländischen Vorbild orientieren. In den Niederlanden gilt der volle Mindestlohn erst ab 23 Jahren. Das ist für mich ein guter Orientierungsmaßstab“
Carsten Linnemann, Rheinische Post, 18. März 2014

„Es gibt noch eine weitere Hürde: Wenn Arbeitgeber und Mitarbeiter auch nach Erreichen des Rentenalters befristet weitermachen wollen, ist das rechtlich nicht möglich. Das muss geändert werden.“
Carsten Linnemann, Focus, 24. März 2014

„Die SPD hat die ersten 100 Tage dazu genutzt, um ihre Lieblingsprojekte ganz oben auf die Agenda zu setzen, darunter die Rente mit 63 und den Mindestlohn. Die Union war hier mehr um Schadensbegrenzung bemüht.“
Carsten Linnemann, Handelsblatt, 26. März 2014

„Immer mehr Unternehmen suchen händeringend Fachkräfte. Was wir also auf keinen Fall brauchen, ist eine Verringerung des Renteneintrittsalters. Wenn sie nun aus politischen Gründen kommen muss, dann brauchen wir ein zusätzliches Signal: Und dieses Signal heißt: flexibler Renteneintritt.“
Carsten Linnemann, Handelsblatt, 27. März 2014

„Was wir brauchen, ist ein Gegengewicht zur Rente mit 63. Die Politik muss die demografische Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Deshalb gehört auch die Flexi-Rente ins Rentenpaket.“
Carsten Linnemann, Rheinische Post, 1. April 2014

„Offenbar werden die Bedenken der Wirtschaft ernst genommen. Ich warne aber: Wenn regionale Tarifverträge ihre Gültigkeit verlieren, wird die Tarifautonomie ausgehebelt.“
Carsten Linnemann, Reuters, 2. April 2014



Am 27. März war Carsten Linnemann (2. v. links neben SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi) in der ZDF-Talksendung Maybrit Illner (Mitte) zum Thema „Rente mit 63“ zu Gast

Foto: dpa/ picture alliance

Der Bundesvorsitzende unterwegs...

- 05.05.2014, 18:00 Uhr**
MIT Hamm
„Große Koalition – Wirtschaftspolitik ade?“
Hamm
- 06.05.2014, 20:30 Uhr**
MIT Märkisch-Oder-Land
„Der deutsche Mittelstand – auch morgen noch Zugpferd der deutschen Wirtschaft?“
Rüdersdorf
- 13.05.2014, 17:30 Uhr**
MIT Stuttgart
„Die Große Koalition – Bremse oder Gaspedal für den deutschen Mittelstand?“
Stuttgart
- 15.05.2014, 16:00 Uhr**
MIT Düren und MIT Aachen
„Große Koalition – Lust oder Last für den deutschen Mittelstand?“
Düren
- 16./17.05.2014, 13:00 Uhr**
Klausurtagung des MIT-Bundesvorstandes
Potsdam
- 28.05.2014, 17:00 Uhr**
MIT Siegen-Wittgenstein
„Rentenpaket, Mindestlohn und EEG-Novelle – Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland?“
Siegen

EntscheiderKonvent



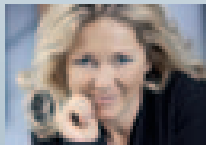
Dr. Dr. Cay von Fournier,
Arzt und Unternehmer



Dr. Florian Langenscheidt,
Autor und Herausgeber



Bodo Janssen,
Geschäftsführer
Upstalsboom



Dr. Silvia Danne,
Marketing-Expertin



Hubert Schwarz,
Extremsportler



Karl-Otto Kaiser,
Experte für
Nachwuchsförderung



Marco v. Münchhausen,
Experte für Selbstmotivation



**Paul Johannes
Baumgartner,** Moderator
bei Antenne Bayern

MELDEN SIE SICH JETZT AN!

Exzellenz im Mittelstand – was **erfolgreiche Unternehmer** anders machen.

Wer die Führung eines mittelständischen Unternehmens verantwortet, muss im Hinblick auf wichtige Wirtschafts- und Führungsthemen immer auf dem Laufenden sein. Die Veranstaltungsreihe „EntscheiderKonvent“ führt Sie mit motivierenden Vorträgen und anregenden Diskussionen renommierter Top-Referenten in die Managementwelt der Zukunft.

Die spannenden Themen sind u.a.:

- Exzellenz als Schlüssel zum Erfolg
- Optimismus: die wichtigste erneuerbare (Unternehmer)Energie
- Das Geheimnis von Hochleistungsteams
- Vom zufriedenen Kunden zum begeisterten Fan und viele weitere mehr ...

Termine 2014

28.03.	Kempten
11.04.	Frankfurt
16.05.	St. Georgen/Schwarzwald
23.05.	Berlin
06.06.	Hamburg Kaltenkirchen
27.06.	München
26.09.	Mannheim
24.10.	Bad Oeynhausen
21.11.	Chemnitz
05.12.	Stuttgart

Immer freitags, 13:00 bis 19:00 Uhr

Jetzt informieren und anmelden unter
www.focus.de/entscheiderkonvent2014

Eine Kooperation von:





Bürgernahe, lebendiges Europa

David McAllister, Spitzenkandidat der CDU Deutschlands bei der Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014



Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Sie sind der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl am 25. Mai und damit direkter Nachfolger Ihres niedersächsischen Landsmannes Hans-Gert Pöttering. Welche Ratschläge hat er Ihnen mit auf den Weg gegeben?

David McAllister: Es ist eine besondere Ehre, als Spitzenkandidat der CDU in Niedersachsen nun die Nachfolge von Hans-Gert Pöttering anzutreten. Er ist seit der ersten direkten Wahl im Jahre 1979 durchgängig Abgeordneter des Europäischen Parlaments gewesen. Dabei hat er sich nicht nur für Niedersachsen und Deutschland, sondern auch europaweit verdient gemacht. Hans-Gert Pöttering ist ein großer Europäer! Und hat ein sehr gutes Fundament geschaffen, auf dem ich nun aufbaue. Für seine engagierte Unterstützung bin ich Hans-Gert Pöttering sehr dankbar ebenso wie für seine vielen klugen Hinweise, die er mir in den letzten Monaten mit auf den Weg gegeben hat.

Ihr SPD-„Gegenkandidat“ ist EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Finden Sie auch, dass er seine Präsidentschaft bis zur Wahl ruhen lassen sollte?

McAllister: Wir wollen einen fairen Wahlkampf, bei dem alle die gleichen Voraussetzungen haben, ihre inhaltlichen Überzeugungen zu vertreten. Dabei müssen die Regeln des Europäischen Parlaments eingehalten werden. Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments verpflichtet den Präsidenten zur Überparteilichkeit. CDU, CSU, FDP, Grüne und Linke im Europäischen Parlament haben gemeinsam Herrn Schulz aufgefordert, sein Amt als Parlamentspräsident vorerst ruhen zu lassen. Die Aufgaben eines Spit-

zenkandidaten und die eines Parlamentspräsidenten müssen sauber getrennt werden. So legen ja die Mitglieder der Europäischen Kommission ihr Amt nieder, wenn sie für das Europäische Parlament kandidieren.

Der Fortfall der 3-Prozent-Hürde lässt befürchten, dass diesmal auch deutsche Euroskeptiker in größerer Zahl ins Parlament gewählt werden. Wie halten Sie dagegen?

McAllister: Unser Ziel ist eine stabile Mehrheit im Europäischen Parlament. Eine Zersplitterung des Parlaments durch Parteien, die die gemeinsame europäische Idee nicht teilen, gilt es zu verhindern. Wir möchten die Menschen, die aus Enttäuschung über manche Entwicklung in Brüssel am 25. Mai Protest wählen wollen, davon überzeugen, dass diese Parteien auf sehr komplexe Fragen viel zu einfache Antworten geben.

Als die deutsche Europapartei werden wir als CDU für ein erfolgreiches und stabiles Europa werben. Ein stabiler Euro stärkt die Wirtschaft und macht Deutschland und Europa international wettbewerbsfähiger. Daher ist eine Politik, die sich vom Euro abwendet und eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente fordert, nicht nur rückwärtsgewandt, sondern ökonomisch und politisch unverantwortlich: So eine Politik gefährdet unseren wirtschaftlichen Wohlstand, hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland und das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa.

Wie definieren Sie den Spagat zwischen „mehr Europa“ und „mehr Subsidiarität“?

McAllister: Unser Leitbild ist ein bürgernahes und lebendiges Euro-

pa, das die Lebensqualität in den Regionen sichert und die unterschiedlichen Lebensarten achtet. Für uns gilt: Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Europa darf sich nicht im „Klein-Klein“ verzetteln. Die Europäische Union sollte dann tätig werden, wenn sie wirksamer handeln kann als die Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen. Das betrifft beispielsweise die Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes, die Stabilisierung des Euros mithilfe einer europaweiten Bankenregulierung, den Datenschutz im Internet, und vor allem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Krise in der Ukraine führt uns deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen mit einer starken Stimme spricht.

Auf europäischer Ebene treten Sozialdemokraten für Eurobonds und Ver-

gemeinschaftung der Schulden von Einzelstaaten ein. Die Union ist strikt dagegen, bildet aber in Berlin mit der SPD eine Koalition. Werden Sie dem Druck auf Dauer widerstehen?

McAllister: Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Eurozone zu stabilisieren. Erste Erfolge zeigt der europäische Rettungsschirm in Spanien und Irland. Solange jeder Staat im Rahmen seiner Haushaltspolitik selbst über Einnahmen und Ausgaben entscheidet, ist eine Haftungsgemeinschaft für Staatsschulden unverantwortlich. Einer europaweiten Vergemeinschaftung der Schulden tritt die CDU daher entschieden entgegen. Die von den europäischen Sozialisten geforderten Eurobonds und Schuldentilgungsfonds lehnen wir konsequent ab.

Nach der Wahl wird das Europaparlament stärker und mächtiger sein als je zuvor. Das müsste doch eigentlich zu mehr Akzeptanz bei den Wählern führen...?

McAllister: Das Europäische Parlament ist die einzige direkt demokratisch gewählte Institution der Europäischen Union. Gerade deshalb sollte jeder Bürger seine Stimme nutzen, um Einfluss auf die zukünftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu nehmen. Diese Wahlen werden die ersten unter dem Vertrag von Lissabon sein. Das Europäische Parlament hat auf der Grundlage dieses Vertrages seit 2009 erheblich an Kompetenzen gewonnen. Darauf aufbauend wollen wir die Entscheidungsvorgänge in der Europäischen Union straffen und nachvollziehbarer gestalten.



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann wünscht David McAllister für die bevorstehende Wahl viel Erfolg

... wie steht's mit Großbritannien? Halten Sie die Sorge für begründet, dass die Briten der EU eines Tages den Rücken kehren?

McAllister: Premierminister David Cameron hat einen Fahrplan vorgestellt. Die Konservativen wollen 2015 mit dem Versprechen eines Referendums in den Wahlkampf zum Unterhaus ziehen. Dieses Referendum würde dann spätestens bis 2017 stattfinden. Vorher will der Premierminister über aus seiner

Sicht substanzielle Verbesserungen mit der Europäischen Union verhandeln. Nun gilt es erst mal abzuwarten, welche konkreten Vorschläge die britische Seite überhaupt macht. Seit langem bin ich zudem mit vielen britischen Politikern im Gespräch und werbe intensiv für die europäische Idee. Wir sollten den Briten deutlich machen, dass sie auch künftig als Partner erwünscht sind. Das Vereinigte Königreich soll in der Europäischen Union bleiben.



David McAllister

43 Jahre, verheiratet; zwei Kinder

Beruflicher Werdegang

1989

Abitur

1989 bis 1991

zwei Jahre Zeitsoldat beim Panzerbataillon 74 in Cuxhaven

1991 bis 1996

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hannover

1996

Erste Juristische Staatsprüfung

1998

Zweite Juristische Staatsprüfung Rechtsanwalt

Politischer Werdegang

1988

Eintritt in die CDU

1991 bis 1994

Kreisvorsitzender der Jungen Union (JU) Cuxhaven

1996 bis 2002

Mitglied des Rates, 2001 bis 2002
Bürgermeister des Fleckens Bad Bederkesa

seit 1996

Mitglied des Kreistages Cuxhaven

seit 1998

Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages

2002 bis 2003

Generalsekretär der CDU in Niedersachsen

2003 bis 2010

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

seit Juni 2008

Vorsitzender des CDU Landesverbandes Niedersachsen

2010 bis Februar 2013

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Von der Stimme zum Mandat

Die Sitzverteilung bei der Europawahl erfolgt in Deutschland nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers. Es funktioniert so:

- Wie viele Stimmen entfallen durchschnittlich auf einen Sitz? Es wird ein sogenannter **vorläufiger Zuteilungsdvisor** berechnet.

$$\frac{\text{Gesamtzahl aller gültigen Stimmen}}{\text{Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze}} = \text{vorläufiger Zuteilungsdvisor}$$

Deutschland hat bei der Europawahl **96 Sitze** zu besetzen. Nimmt man als Beispiel an, dass bei der Wahl in Deutschland 30 Millionen gültige Stimmen abgegeben werden, liegt der Zuteilungsdvisor bei 312 500.

$$\frac{30\,000\,000}{96} = 312\,500$$
- Bei jeder Partei wird die Zahl ihrer Stimmen **durch den Zuteilungsdvisor geteilt**. An den gerundeten Ergebnissen lässt sich die Sitzverteilung ablesen. Zum Beispiel:

Partei A:

$$\frac{14\,600\,000}{312\,500} = 46,72$$

↳ 47

Partei B:

$$\frac{9\,600\,000}{312\,500} = 30,72$$

↳ 31

Partei C:

$$\frac{5\,800\,000}{312\,500} = 18,56$$

↳ 19

47 + 31 + 19 = 97
- Ist die Summe der berechneten Sitze größer oder kleiner als die tatsächlich zu vorgegebende Sitzzahl, muss der **Zuteilungsdvisor angepasst werden**. Im Beispiel: In der Summe erhalten die drei Parteien 97 Sitze, zu vergeben sind aber nur 96. Die Rechnung wird mit einem höheren Zuteilungsdvisor wiederholt – bis 96 erreicht sind.

Partei A:

$$\frac{14\,600\,000}{313\,600} = 46,58$$

↳ 47

Partei B:

$$\frac{9\,600\,000}{313\,600} = 30,61$$

↳ 31

Partei C:

$$\frac{5\,800\,000}{313\,600} = 18,49$$

↳ 18

47 + 31 + 18 = 96

© Globus | Stand März 2014 | Quelle: Bundeswahlleiter



Foto: dpa / picture alliance

Hans-Gert Pöttering (links) mit dem Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei, dem Luxemburger Jean-Claude Juncker, Träger des Hermann-Ehlers-Preises 2014

„WIR SIND ZU UNSEREM GLÜCK VEREINT“

Interview mit Hans-Gert Pöttering, MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Im Mai wählen wir ein neues Europaparlament, dem Sie nicht mehr angehören werden. Wie ist Ihnen nach 35 Jahren zumute?

Hans-Gert Pöttering: Im Rückblick auf das, was wir in Europa und in der Europäischen Union erreichen konnten, empfinde ich vor allem Dankbarkeit. 1979, als ich das erste Mal in das Europäische Parlament gewählt wurde, waren Deutschland und Europa durch Mauern und Stacheldraht geteilt. Die Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung, wie die Unverletzlichkeit der

Würde jedes einzelnen Menschen, entfalteten damals aber eine hohe Anziehungskraft auf die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs, die von kommunistischen Unrechtsregimen unterdrückt oder in ihrer freien Entfaltung eingeschränkt wurden. So ist es vor allem den vielen mutigen Menschen im Osten Deutschlands, aber auch in Mitteleuropa, wie den Mitgliedern von Solidarność in Polen und ihrem Drang zur Freiheit zu verdanken, dass wir diese künstliche Trennung überwinden konnten.

Vor 35 Jahren schien es schlicht undenkbar, dass wir eines Tages in einer Gemeinschaft mit über 500 Millionen

Menschen in 28 Ländern in Freiheit leben würden.

Ihrer politischen Biografie haben Sie den Titel gegeben „Wir sind zu unserem Glück vereint“. Nach dem Willen vieler soll mittlerweile diese Einigung nicht mehr so weit gehen, wie sie einmal angedacht war...?

Pöttering: Die Europäische Union ist allem voran eine Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Werten gründet: die Würde des Menschen, die Menschenrechte, Freiheit, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, begleitet von den Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität. Um diese Gemeinschaft zu

festigen, errichteten wir Europäische Institutionen, gaben uns gemeinsame Regeln, etwa im Binnenmarkt und bauten die Grenzen ab. Politische Entscheidungen werden über Staatsgrenzen hinweg gemeinsam getroffen. Dabei werden, wie überall wo Menschen handeln, auch immer wieder Fehler gemacht. Diese gilt es zu korrigieren, aber wir dürfen deshalb nie die uns verbindende Wertegemeinschaft in Frage stellen.

Es gibt in der Europäischen Union eine Tendenz, immer mehr Dinge bis ins kleinste Detail zu regeln. Gerade dies sorgt aber für den größten Unmut in der Bevölkerung und „Brüssel“ muss oft als Sündenbock herhalten. Ich bin der Meinung, dass sich die Europäische Union wieder mehr den großen Aufgaben zuwenden sollte. Wie wichtig eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, sehen wir aktuell in unserem Verhältnis zu Russland und zur Ukraine in der Krim-Krise. Aber auch andere Herausforderungen, wie den Klimawandel oder den demographischen Wandel können wir nur gemeinsam bewältigen.



Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP ist der einzige Europaabgeordnete, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen angehört. Er war Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei / Europäischer Demokraten (1999-2007) und Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009). Er beendet nach Ablauf dieser Wahlperiode seine parlamentarische Karriere. Heute ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

In all den Jahren haben Sie Ihre Zuversicht und Ihren Optimismus in Sachen Europa nie aufgegeben. Gilt dies auch für Ihren Blick in die Zukunft der EU?

Pöttering: Ja! Ich vertraue darauf, dass auch die kommenden Generationen ihrer Verantwortung gerecht werden und die Europäische Union, das größte Friedensprojekt der Menschheit, weiter entwickeln. Es ist dabei wichtig für uns zu wissen, woher wir kommen. Auf unserem Kontinent gab es über Jahrhunderte hinweg in jeder Generation Krieg. Der Teufelskreis aus Aufrüstung, Krieg und der Demütigung der Besiegten durch vermeintliche Sieger konnte erst durch den Mut und die Weitsicht der Gründerväter der Europäischen Union, allen voran des französischen Außenministers Robert Schuman, der dem unterlegenen „Erzfeind“ die Hand zur Versöhnung reichte, durchbrochen werden.

Nach dieser Wahl wird das Europäische Parlament über so viel Rechte und Macht verfügen wie noch nie. Ist es auf diese Machtfülle vorbereitet?

Pöttering: Seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 haben wir im Europäischen Parlament viel erreicht. Während wir seinerzeit noch keine Mitspracherechte hatten, sind wir heute in fast allen Bereichen gemeinsam mit dem Rat zum gleichberechtigten Mitgesetzgeber geworden. Die Arbeit ist dadurch nicht einfacher geworden, aber insbesondere die großen Fraktionen haben äußerst professionelle Strukturen entwickelt. Splittergruppen und Einzelkämpfer werden dagegen an Möglichkeiten verlieren, sich aktiv einzubringen, da sie einfach der Komplexität der Anforderungen nicht gewachsen sind.

Auch vor diesem Hintergrund war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die 3-%-Sperrklausel für die Europawahlen aufzuheben nach meiner Bewer-

tung ein Fehler. Starke Fraktionen sind ein Garant für die politische Stabilität.

Natürlich sind wir mit der europäischen Einigung noch nicht am Ziel, aber wir können dankbar sein für das, was erreicht wurde. Dazu gehört vor allem auch die Einheit Deutschlands als eine wichtige Säule der Europäischen Union.



Wir sind zu unserem Glück vereint

....diese Zeile aus der Berliner Erklärung vom 25.3.2007 hat Hans-Gert Pöttering als Titel seiner politischen Biografie gewählt. Auf 569 Seiten schildert der heute 67-jährige Niedersachse seinen politischen Werdegang, der ihn schon mit 34 Jahren ins damals erste direkt gewählte Europäische Parlament führte, dem er bis zum Ablauf dieser Legislaturperiode angehört – 35 Jahre. Als EVP-Fraktionsvorsitzender und Parlamentspräsident kämpfte er für die Emanzipation des EP von den Regierungen der Einzelstaaten und der Kommission. Er wirkte mit bei der Erweiterung der Europäischen Union und ihrer Institutionen durch die Vertragswerke von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon.

Das Buch ist ein zeitgeschichtliches Dokument. Es ist erschienen im Böhlau Verlag in Köln (ISBN 978-3-412-22262-8, Preis 29,90 Euro). Der Erlös aus dem Buchverkauf geht an das Osteuropa-Hilfswerk der Katholischen Kirche in Deutschland. Der Autor verzichtete auf ein Honorar



ALLENSBACH-UMFRAGE

Rentenpolitik zu Lasten der Jüngeren

Zwei Drittel (66 Prozent) der Deutschen meinen, dass die Rentenpläne der Bundesregierung die jüngere Generation benachteiligen. Bei den Unter-30-Jährigen gehen sogar mehr als drei Viertel (76 Prozent) davon aus, dass das Rentenpaket sie benachteilige. Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) registriert damit eine wachsende Kritik an der unzureichenden Berücksichtigung der Interessen der

jüngeren Generation. In einer Umfrage im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) beklagten 56 Prozent, dass Lasten und Ansprüche im Rentensystem nicht gerecht zwischen den verschiedenen Generationen verteilt seien – das entspricht einem Anstieg um fünf Prozentpunkte seit 2008. Nur eine kleine Minderheit von 18 Prozent hält unser Rentensystem derzeit für generationengerecht.

Rentenerwartung niedriger

Weitgehend unstrittig ist, dass der demographische Wandel einen Umbau des Rentensystems erfordert. Nur neun Prozent halten einen Umbau für nicht notwendig (ist notwendig: 76 Prozent). Nach wie vor rechnet eine Mehrheit (53 Prozent) der Deutschen damit, dass die Sozialleistungen in Zukunft eingeschränkt werden. Eine



Foto: istockphoto

kerung Leistungsverbesserungen in den Bereichen Rente und Arbeitsmarkt, die vor allem Älteren zugutekämen. Bezüglich der Auswirkungen auf die eigene Situation ziehen daher die jüngeren Arbeitnehmer (30- bis 44-Jährige) ein ernüchterndes Fazit und erwarten mehrheitlich Nachteile durch das Rentenpaket der Bundesregierung. Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des IfD Allensbach: „Die Bürger unterstützen in der Regel jede Ausweitung von Sozialleistungen – selbst wenn sie überzeugt sind, dass ihnen dies mittel- und langfristig schadet.“

Fragt man die Deutschen nach den Auswirkungen des Rentenpakets insgesamt, ergibt sich ein überraschendes Bild. Nur ein kleiner Teil (14 Prozent) der Bevölkerung erwartet, vom Rentenpaket zu profitieren. Die Mehrheit erwartet keine (45 Prozent) oder negative (25 Prozent) Auswirkungen auf die eigene Situation.

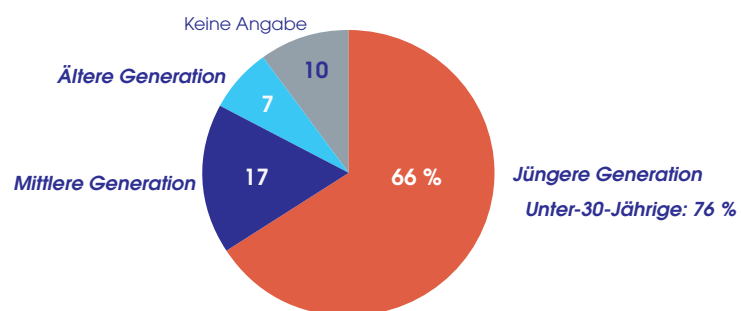
Die Mehrheit glaubt, dass das Rentensystem durch das Rentenpaket insgesamt belastet wird. Nur 13 Prozent erwarten keine negati-

überwältigende Mehrheit (79 Prozent) der Bürger glaubt daher, dass die jüngere Generation von heute später eine niedrigere Rente erhalten wird, als heutige Rentner. Eine vergleichbare Rente erwarten neun Prozent, eine höhere nur zwei Prozent.

Obwohl erkannt wird, dass derzeit die jüngere Generation eher benachteiligt wird, wünscht sich die Bevöl-

Rentenpolitik gegen die Interessen der Jüngeren

Frage: „Wenn Sie noch einmal an die Rentenpläne der Regierung denken: Welche Generation wird Ihrer Meinung nach durch die Pläne am meisten benachteiligt? Die jüngere, die mittlere oder die ältere Generation?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021

© IfD-Allensbach

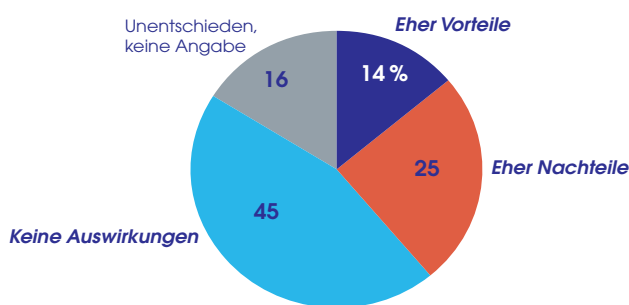
ven Auswirkungen und lediglich elf Prozent meinen, das Rentenpaket würde das Rentensystem langfristig stabilisieren. Hubertus Pellengahr,

Geschäftsführer der INSM: „Die Bundesregierung sollte endlich die wahren Kosten des Rentenpakets für Beitragszahler und Rentner offenle-

gen und sich wieder an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren, um das Rentensystem zukunftsfest zu machen. Die Bevölkerung will mehr Generationengerechtigkeit. Die Rente mit 63 und die Mütterrente bewirken das Gegenteil.“

Persönliche Hoffnungen und Befürchtungen in Bezug auf das Rentenpaket

Frage: „Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie über die Rentenpläne der neuen Bundesregierung wissen oder darüber gehört haben: Erwarteten Sie da für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile, oder erwarten Sie keine Auswirkungen auf Ihre persönliche Situation?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11021

© IFD-Allensbach



Foto: INSM

Prof. Renate Köcher, Geschäftsführerin des IFD Allensbach, stellte die Umfrage vor

Stiftung Marktwirtschaft lehnt das Rentenpaket(-Plakat) ab



Die Rentenpläne der großen Koalition lassen nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft einen Lerneffekt aus der Schuldenmisere und der Eurokrise vermissen. Den Krisenländern würden von der Bundesregierung schmerzhafteste Strukturreformen für mehr fiskalische Nachhaltigkeit auferlegt. Im eigenen Land hingegen treibe sie

die impliziten (durch Leistungsversprechen bereits heute absehbaren und in den kommenden Jahrzehnten anfallenden) Schulden weiter in die Höhe.

Das Plakat des Arbeitsministeriums aus der 1,15 Millionen Euro teuren Kampagne zu dem noch nicht im Bundestag

beschlossenen Rentenpaket wecke Erwartungen, die die Beitrags- und schließlich auch die Steuerzahler dauerhaft viel Geld kosten werden. Mit Gerechtigkeit habe dies nichts zu tun – mit Generationengerechtigkeit schon gar nichts.

Infolge der Rentenpläne ist mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von mindestens 10 Mrd. Euro zu rechnen. Über die lange Frist summieren sich die Kosten für diese Leistungsausweitung auf einen Betrag von 443 Mrd. Euro und zwar unabhängig davon, ob nun die Beitrags- oder Steuerzahlenden für die Finanzierung aufkommen müssen.

Dieser Kostenposten setzt sich zusammen

- aus der „Mütterrente“ zur stärkeren Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder
- aus einer höheren Erwerbsminderungsrente durch Anhebung der Zurechnungszeit
- und einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte.



CARSTEN LINNEMANN Beharrlichkeit trägt erste Früchte

Nach dem CDU-Parteitag am 6. April schrieb die „WELT am Sonntag“: „Hallo-wach-Moment – junge Christdemokraten begehren gegen die große Koalition auf“. Gemeint war wohl vor allem der Redebeitrag von Carsten Linnemann, der die Union aufforderte, „nicht nur als Schadenbegrenzer unterwegs zu sein“. Es sei genauso wichtig, „dass nicht nur die SPD ihre Projekte vorstellt, sondern auch die Union sagt, wo sie hin will. Wir dürfen nicht nur die Partei sein, die das Schlimmste verhindert, sondern das Beste macht“. Immerhin hatte die Union bei der letzten Wahl 42, die SPD hingegen nur 26 Prozent gewonnen.

Was mit einem Unbehagen und zunächst leisen Unmutsbekundungen begann, hat mittlerweile für Unionsverhältnisse zu heftigen Protesten gegen die von der Arbeitsministerin vorgeschlagene Ausgestaltung der „Rente mit 63“ geführt. Initiiert hat dies vor wenigen Wochen unter anderem MIT-Bundsvorsitzender Carsten Linnemann, indem er vor einer neuen Frühverrentungswelle warnte. Der Gesetzentwurf setze Anreize, dass Menschen mit 61 in die Arbeitslosigkeit gingen oder geschickt würden, um dann abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen zu können, kommentierte Linnemann den Gesetzentwurf. Vor allem die von der SPD geforderte unbegrenzte Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit zur Berechnung der 45 Beitragsjahre erzürnt Jungpolitiker, Marktwirtschaftler und Unternehmerflügel in gleichem Maße.

Das Rentenpaket ignoriert zudem die Frage, die sich eine älter werdende Gesellschaft stellen muss: Wie können wir Fachkräften ermöglichen, länger am Erwerbsleben teilzuhaben, statt sie früher in Rente zu schicken, so Carsten Linnemann. Seine Flexi-Rente soll es Arbeitnehmern ermöglichen, nach dem Renteneintritt weiter zu arbeiten. Gleichzeitig soll Arbeitgebern, die Rentner über das jeweilige Rentenalter hinaus beschäftigen, die Sozialbeiträge erlassen und die Möglichkeit eingeräumt werden, befristete Arbeitsverträge mit den freiwillig „Längerarbeitenden“ zu schließen.

Offenbar trägt die Beharrlichkeit, mit der Carsten Linnemann für den „Zukunftsflügel der Union“ in seiner konstruktiv-sachlichen Art seine Argumente vorträgt, erste Früchte.

Günter Kohl

Hallo-wach-Moment

Junge Christdemokraten begehren auf dem Parteitag der CDU gegen die große Koalition auf und kritisieren die Rente mit 63

WELT am Sonntag, 6. April 2014



Deutsche Post DHL – The Mail & Logistics Group

Mein Zeitsparschwein!

Die E-POSTBUSINESS BOX erledigt Ihre Geschäftspost – schneller und günstiger.

Sparen Sie sich das Ausdrucken, Kuvertieren und Fran-
kieren – leicht installiert wird die E-POSTBUSINESS BOX
zu Ihrer unverzichtbaren Sparbox, die Ihre Geschäftspost
digital versendet und auch physisch zustellt.



Weitere Informationen unter
www.epost.de/businessbox oder
0228 92399329 (tägl. 09.00 – 20.00 Uhr)



Die Kandidaten der MIT und MU für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014





Dr. Markus Pieper, MdEP

Listenplatz 6
Jahrgang 1963, Diplom-Geograph
Stellvertreter Vorsitzender
des Ausschusses für regionale Entwicklung,
Vorsitzender der MIT-Europakommission



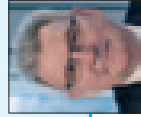
Axel Voss, MdEP

Listenplatz 7
Jahrgang 1963, Jurist
Mitglied im Ausschuss
für bürgerliche Freiheiten, Justiz und
Inneres, stellv. Bezirksvorsitzender der
CDU Mittelrhein



Karl-Heinz Florenz, MdEP

Listenplatz 8
Jahrgang 1947
Kaufmann und Landwirtschaftsmeister
Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen,
öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit



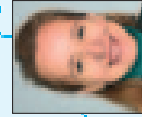
Rheinland-Pfalz
Dr. Werner Langen, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1949
Diplom-Volkswirt
Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft und Währung,
Mitglied im Vorstand sowie
im Fraktionsvorstand der EVP

Christophe Dartey

Listenplatz 13,
Jahrgang 1980,
Diplom Volkswirt
Delegierter der
CDU-Deutschlands
zum EVP-Kongress

Hessen



Verena David

Listenplatz 5
Jahrgang 1976, Juristin
Mitglied im Landesvorstand
der MIT Hessen,
Mitglied im Kreisvorstand
MIT Frankfurt am Main



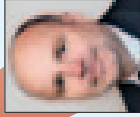
Srita Heide

Listenplatz 7
Jahrgang 1968,
Personalmanagement-Beraterin,
Kreislagsabgeordnete
CDU Main-Kinzig-Kreis
Vorstandsmitglied der CDU und
MIT Main-Kinzig/Hanau



Sachsen
Hermann Winkler, MdEP

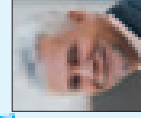
Listenplatz 1
Jahrgang 1963
Diplom-Maschinenbauingenieur
Mitglied im Ausschuss für
regionale Entwicklung



Norbert Müller

Listenplatz 4
Jahrgang 1956
Diplom-Ingenieur Elektrotechnik
Mitglied des MIT-Bundesvorstands,
stellv. Landesvorsitzender der
MIT Sachsen, Mitglied im
Kreisvorstand der MIT Dresden

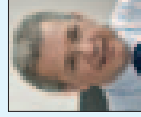
Thüringen



Dr. Dieter Lebrecht Koch, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1953
Dipl.-Ing., Dr.-Ing. Architekt
Stellvertreter Vorsitzender
des Ausschusses für Verkehr
und Fremdenverkehr

Bayern



Markus Ferber, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1965
Ausschuss für Verkehr und
Fremdenverkehr, Ausschuss
für Wirtschaft und Währung,
Sprecher Parlamentskreis
Mittelstand Europa



Dr. Angelika Niebler, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1963
Ausschuss für Industrie,
Forschung und Energie,
Ausschuss für die Rechte
der Frau, Rechtsausschuss



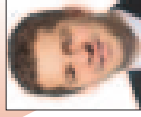
Manfred Weber, MdEP

Listenplatz 3
Jahrgang 1972
Ausschuss für Konstitutionelle
Fragen, Innenausschuss,
Regionalausschuss



Barbara Becker

Listenplatz 8
Jahrgang 1970
Landwirtschaft und Weinbau,
Entwicklung ländlicher Regionen



Sachsen-Anhalt
Sven Schulze

Listenplatz 1
Jahrgang 1979
Diplom-Wirtschaftsingenieur
Mitglied im Landesvorstand der
CDU Sachsen-Anhalt, Vorsitzender
CDU-Landesfachausschuss für
Bundes- und Europaangelegenheiten,
Landesvorsitzender der Jungen Union
Sachsen-Anhalt



Jürgen Stadelmann, MdL

Listenplatz 2
Jahrgang 1959
Diplom-Ingenieur
Staatssekretär im Landesministerium
für Landwirtschaft und Umwelt

Baden-Württemberg



Rainer Wieland, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1957, Rechtsanwalt
Vizepräsident des EP,
Mitglied im Rechtsausschuss,
Petitionsausschuss



Daniel Caspary, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1976
Mitglied im Ausschuss für
internationalen Handel,
Mitglied des Präsidiums der
CDU Baden-Württemberg



Dr. Andreas Schwab, MdEP

Listenplatz 3
Jahrgang 1973
Rechtsanwalt
Mitglied im Ausschuss für
Binnenmarkt und Verbraucherschutz



Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Listenplatz 6
Jahrgang 1956, Arzt
Mitglied im Ausschuss für
Umweltfragen, öffentliche Gesundheit
und Lebensmittelsicherheit



Apostolos Kalemidis

Listenplatz 7
Jahrgang 1967
Dipl. Betriebswirt/Unternehmer
Beisitzer der MIT Baden-Württemberg,
Mitglied der MIT-Bundeskommission
Europapolitik

ÖSTERREICH Wachau & Burgenland

Servus in Österreich. Kommen Sie mit nach Niederösterreich und ins Burgenland. Kosten Sie international hoch angesehene Weine und die berühmten Marillenknoedel, schnuppern Sie die milde Luft in den Weinbergen entlang der Donau, lauschen Sie zünftigen Klängen beim Heurigen, sehen Sie prachtvolle Klöster und malerische Städte. Und spüren Sie einfach, wie gut es tut, mit Gleichgesinnten zu genießen.



1. Tag, So: Anreise nach Krems

Individuelle Anreise nach Passau. Um 15 Uhr empfängt Sie Ihr Marco Polo Scout am Passauer Hauptbahnhof zur gemeinsamen Busfahrt nach Krems in Niederösterreich. Abends erster kulinarischer Kontakt mit der österreichischen Genussküche im Restaurant Ihres Hotels.

2. Tag, Mo: „An der schönen blauen Donau“

Der Tag beginnt geruhsam: Bei einer Schiffstour zieht die Landschaft der Wachau vorbei. Aussteigen in Spitz. Hoch über der Stadt ragt bedrohlich die Ruine der Burg Hinterhaus empor, im Städtchen entzückt die Pfarrkirche des heiligen St. Moritz. Schon von weitem leuchtet Ihnen der Blaue Turm der Barockkirche von Dürnstein entgegen – einst Schauplatz von Richard Löwenherz und den Abenteurern des Dritten Kreuzzuges. Nach einer stärkenden Mittagspause spazieren Sie zur Domäne Wachau. Im Weingut am Kellerberg kosten Sie einige der besten Weißweine Österreichs. Beschwingt von den Walzermelodien von Johann Strauß geht es am Nachmittag zurück zum Hotel. Freizeit für den Rest des Tages. Sie interessieren sich für zeitgenössische Kunst? Gleich in der Nähe Ihres Hotels befindet sich die Kremsers Kunsthalle.

3. Tag, Di: Klöster, Kirchen und Marillen

Den Auftakt macht heute Krems – eine der ältesten Städte des Landes und im 11. Jahrhundert ernstzunehmende Konkurrenz für Wien. Straßen und Plätze, Klöster und Kirchen, Bürgerhäuser und Wehrbauten – alles Zeugen der 1000-jährigen Geschichte! Südlich der Donau erblicken Sie schon im Hintergrund auf einem Berg die weißen Mauern und roten Kuppeln der Benediktinerabtei Göttweig: der Stiftsführer empfängt Sie und führt Sie durch die schönsten und prachtvollsten Räume und Treppenhäuser des Klosters. Anschließend nimmt Ihr Scout Sie zu einer ausgiebigen Mittagsgaumen mit.

MARCO POLO LIVE

Schauen, riechen, schmecken: Nachmittags spazieren Sie (ca. 1,5 Stunden, leicht) bei Krems durch alte Marillengärten der Familie Aufreiter und erfahren Allerlei über die süße Frucht. Ach ja, und kosten dürfen Sie natürlich auch!

4. Tag, Mi: Von Niederösterreich ins Burgenland

Auf zum großartigen Benediktinerkloster Melk! Einst Schloss bauten die Mönche es im 11. Jahrhundert

zum Kloster um. Beim Stadtrundgang durch die Landeshauptstadt St. Pölten wird es wieder weltlich: Riemerplatz, Herrenplatz, Wiener Straße ... Barock und Jugendstil geben sich ein Stelldichein. Bei der Fahrt durch den Wienerwald hat Ihr Scout sicher die passenden Geschichten zu erzählen. Dann erreichen Sie den Neusiedler See, größter Steppensee Europas und UNESCO-Welterbe im Burgenland. Abendessen im Hotel am See.

5. Tag, Do: Störche, Wein und Haydn

Vormittags Spaziergang durch Rust, Stadt der Störche. Die hübsche Ortschaft liegt am Westufer des Sees und verzaubert durch seine gut erhaltenen Häuser und den ländlichen Charme. Kaum ein Winzername wird so mit dem Burgenland verbunden wie das Weingut Feiler-Artinger. Natürlich inspizieren Sie den Weinkeller und kosten verschiedene Tropfen. Beschwingt machen Sie sich dann auf den Weg in die kleine Landeshauptstadt Eisenstadt mit dem Schloss Esterházy, wo Joseph Haydn einst das Schloschorchester dirigierte. Abends lassen Sie den Tag im Heurigen in Rust mit deftiger Kost und schwungvoller Schrammelmusik ausklingen.

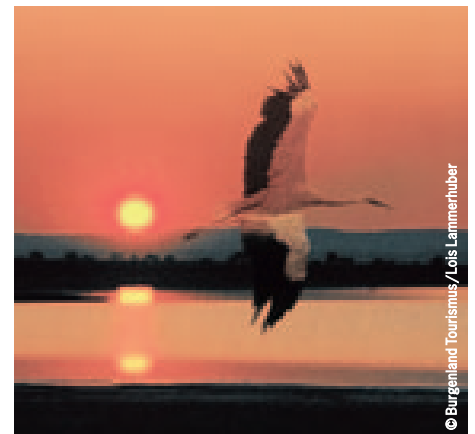
6. Tag, Fr: Entdeckertag

Freier Tag für eigene Entdeckungen oder Tagesausflug mit Ihrem Scout (gegen Mehrpreis, Mittagessen und Sektprobe inklusive). Schiff ahoi! Heute schippern Sie direkt von Ihrem Hotel, vorbei an der Seebühne Mörbisch, nach Ilmitz. Per Pferdewagen geht es weiter auf Entdeckungstour. Hoffentlich haben Sie Ihr Fernglas dabei, denn der Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel ist ein Vogelparadies. Gut gestärkt nach einem deftigen, ungarischen Mittagessen geht es zur Kellereiführung bei Szigeti. Ein Mitarbeiter nimmt Sie mit in die Welt des Sekts auf den Spuren des weisen Mönchs „Dom Perignon“; Sie erfahren mehr über die Erfindung des Rüttelns durch die Witwe „Veuve

Clicquot“ bis hin zur Dosage der „Madame Pommery“. Nach der ganzen Theorie darf dann auch ausgiebig verkostet werden.

7. Tag, Sa: Oh Du schönes Wien!

Nach dem Frühstück geht es auf direktem Weg in die Hauptstadt Wien. Barocke Prachtbauten, Schlösser, Museumsquartier, Stephansdom, Staatsoper – Citytour mit Highlights. Schmah und Schmarrn am freien



© Burgenland Tourismus/Lois Lammerhuber

Restnachmittag? Beim Bummel durch die verschlungenen Gassen der Altstadt mit ihren versteckten Plätzen spüren Sie dem Wiener Flair nach. Und wenn Sie Wien kulinarisch erleben wollen – Ihr Scout kennt die besten Kaffeehäuser und Beisl. Abends? Wird's urgemütlich, denn Ihr Reiseleiter nimmt Sie mit nach Neustift zum Heurigen!

8. Tag, So: Heimreise

Nach dem Frühstück Transfer zum Wiener Westbahnhof. Am späten Vormittag Rückreise per Bahn nach Passau.

Reisepapiere und Gesundheit

Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben.

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Krems	25	28	28	25	21
Rust	26	28	28	25	21
Wien	26	28	28	24	20





8 Reisetage ab € 1595,-

- Kunst & Lebenskunst
- Weinproben & Marillengärten
- Wirtshauskultur vom Feinsten
- Beim Heurigen in Wien
- Sehr gute ****-Hotels

Reisepreis in Euro pro Person

8 Reisetage Termine	DZ	EZ- Zuschlag
15.06. – 22.06.2014	1.595,-	195,-
22.06. – 29.06.2014	1.595,-	195,-
20.07. – 27.07.2014	1.645,-	195,-
10.08. – 17.08.2014	1.645,-	195,-
17.08. – 24.08.2014	1.645,-	195,-
24.08. – 31.08.2014	1.645,-	195,-
28.09. – 05.10.2014	1.645,-	195,-
12.10. – 19.10.2014	1.645,-	195,-

Umweltfreundlich mit der Bahn

Bei dieser Reise bieten wir von allen Bahnhöfen in Deutschland eine ermäßigte Bahnreise nach/von Passau an. Sie reisen mit einem Zug Ihrer Wahl. Der Preis für Ihre Bahnfahrt (Hin- und Rückfahrt) richtet sich nach den relevanten Streckenkosten der Deutschen Bahn AG.

Preise für Hin- und Rückfahrt innerhalb Deutschlands pro Person in €

Entfernungskilometer laut DB-Streckennetz	mit BahnCard 2. Klasse		mit BahnCard 1. Klasse	
	2. Klasse	1. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
bis 400km	69,-	49,-	119,-	99,-
401-600km	119,-	99,-	189,-	169,-
ab 601 km	149,-	129,-	239,-	219,-

Die Zuschläge für ICE, EC/IC (ausgenommen Sprinter) sind in den angegebenen Preisen enthalten.

Hotels

Stadt	Nächte	Hotel	Änderungen vorbehalten Landeskategorie
Krems	3	Steigenberger	****
Rust	3	Seehotel	****
Wien	1	Regina	****

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 16 Personen

Höchsteilnehmerzahl: 29 Personen

Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance: z. B. den Reiserücktritts- oder das Vollschutz-Paket, bei dem u. a. zusätzlich eine Reise-Krankenversicherung inkl. eines medizinisch sinnvollen Kranken-Rücktransports enthalten ist. Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer Reisebestätigung oder unter www.agb-mp.com/versicherung.

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.

Im Reisepreis enthalten

- 7 Übernachtungen in sehr guten ****-Hotels
- Verpflegungsleistungen: 7 x Frühstücksbuffet, 1 x Mittagessen, 1 x Mittagsjause, 2 x Abendessen in den Hotels und 2 x Abendessen beim Heurigen
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Stadtrundfahrt, Ausflüge und Rundreise ab Passau/ bis Wien in landesüblichem, klimatisiertem Reisebus
- Bahnreise in der 2. Klasse von Wien bis Passau
- Deutsch sprechende Marco Polo Reiseleitung in Österreich

Und außerdem inklusive

- Weinprobe bei der Domäne Wachau
- Kellerführung und Weinprobe im Weingut Feiler-Artiger
- Marillenkostprobe
- Schifffahrt auf der Donau
- Eintrittsgelder (ca. € 27,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug „Neusiedler See“ € 79,-

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

NIEDERÖSTERREICH
HINEIN INS LEBEN.



ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise ÖSTERREICH

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Bahnfahrt nach/von Passau

ab/bis Bahnhof:

2. Klasse 1. Klasse mit BahnCard

Ausflug „Neusiedler See“

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift



Einfach Coupon senden an:
Marco Polo Reisen GmbH
Postfach 50 06 09, 80976 München



Coupon faxen an:
Fax: 089 50060-405



Information / Reservierung / Buchung:
Tel.: 089 50060-470
groups@marco-polo-reisen.com

VW MULTIVAN

Verwandlungskünstler auf Rädern



Ein übersichtliches Cockpit und viel Platz für Fahrer und Beifahrer: der „T5“ mit seinen vier Grundversionen

Mit hohem Reisekomfort und stilvollen Ausstattungsdetails überzeugt der siebensitzige Multivan Comfortline von Volkswagen. Dies zeigt sich bereits optisch: Das Kühlerschutzgitter wird von zwei eleganten Chromleisten verziert. Leichtmetallräder mit Breitreifen betonen den dynamischen Auftritt. Im Inneren warten auf den Fahrer ein vielfältig verstellbarer Sitz, sowie ein in der Höhe und Neigung justierbares Lenkrad. Eine Rückenlehne mit Lordosenstütze und beidseitigen Armlehnen unterstreichen den Sitzkomfort von Fahrer und Beifahrer.

Funkfernbedienung für die Zentralverriegelung, elektrische Fensterheber und elektrisch einstellbare sowie beheizbare Außenspiegel fördern wiederum den Alltagskomfort, während das Gestühl im Fond über vier Schienen im Boden verschieb- und feststellbar ist. Ein Tisch ruht eingeklappt in der linken Seitenwandverkleidung. Optional lässt sich der Multivan mit einer zweiten Schiebetür auf der linken Seite bestellen. Da in diesem Fall der Seitentisch entfällt, gibt es auf Wunsch einen Mitteltisch mit runder Oberfläche, Cup-Holdern sowie Flaschen- und Zeitschriftenständer.

Die zwei zum Sandwich geklappten Einzelsitze und die aufgeklappte, hintere Liegesitzbank lassen sich zu einer Ruhefläche zusammenstellen. Für Wohlfühltemperaturen sorgt eine Klimaanlage (Climatic) im Fahrerraum. Für eine rasche Erwärmung des Fonds kommt ein separates Heizgerät mit eigenem bodennahen Ausströmer zum Einsatz. Die Regelung der Temperatur erfolgt über ein zentrales Bedienteil im Dachhimmel. Gegen Aufpreis gibt es eine Climatronic.

Als Antrieb für den Multivan Comfortline können sowohl der 2,0-Liter-

Benziner (85 kW / 115 PS), die beiden 2.0-Liter-TSI-Motoren (110 kW / 150 PS und 150 kW / 204 PS), als auch vier TDI gewählt werden. Sie leisten von 75 kW (102 PS) über 84 kW (114 PS) im BlueMotion und 103 kW (140 PS) bis hin zu 132 kW (180 PS). Die beiden starken TDI und die TSI sind mit einem Sechsgangschaltgetriebe gekoppelt. Auch die Kombination von DSG und 4MOTION ist in Abhängigkeit der Motorisierung möglich. Alle anderen Motoren verfügen ausschließlich über ein Fünfgangschaltgetriebe.

Die Einzelradaufhängung des Fahrwerks setzt sich aus Mc-Pherson-Federbeinen vorne und einer Schräglenker-Achse mit „Miniblock“-Federn und separaten Stoßdämpfern hinten zusammen. Darüber hinaus unterdrücken groß dimensionierte Stabilisatoren die Seitenneigung des Fahrzeugs in Kurven, während lastabhängige Dämpfer den Federungskomfort erhöhen.

In Kombination mit Allradantrieb oder dem 132 kW (180 PS) starken Biturbo kommen 17-Zoll-Räder zum Einsatz. Hinzu kommen ABS, ASR, ESP und ein Berganfahrassistent sowie bei mitbestellter Anhängerkupplung eine Gespann-Stabilisierung.

Günter Kohl



Volkswagen bietet den „T5“ in den Grundversionen Transporter, Caravelle, Multivan und California an. Jeder der vier Versionen hat ihre eigene Geschichte und ihre eigene Klientel



DER NEUE NISSAN LEAF Die Restlaufanzeige fest im Blick

Im Augenblick noch eher selten: Elektrofahrzeuge vom Typ Nissan Leaf als Taxi

Um es vorweg zu nehmen: Das Elektroauto Nissan Leaf ist ein „richtiges“ Auto mit allem Komfort, den Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren heute bieten: Klimaanlage mit verbrauchsmindernder Wärmepumpe, Telematiksysteme mit Smartphone und PC vernetzt, Sitzheizung, Bose-Soundsystem, Rundum-Kameras, Bordcomputer. Es leistet 109 PS, sprintet in 11,5 Sekunden von 0 auf 100, erzielt eine Höchstgeschwindigkeit von 144 km/h, hat fünf Türen und ein sehr brauchbares Kofferraumvolumen. Woran es ihm (noch) mangelt, ist Reichweite, denn die beträgt höchstens 200 km. Bei zügigem Fahren und gleichzeitiger Nutzung zahlreicher Verbraucher (Klima, Licht, Wischer, Sitzheizung, Radio, etc.) reduziert sich der Radius entsprechend. Dann muss nachgeladen werden. Ein „Quick Charger“ schickt über einen speziell gesicherten Anschluss 50 kW Hochvolt-Gleichstrom in die Batterie und lädt sie in 30 Minuten von Null auf 80 Prozent ihrer Kapazität. An der heimischen 220-Volt-Steckdose kann der Ladevorgang aber durchaus zehn Stunden dauern...



Der Anschluss des Ladegeräts ist über eine Klappe am Bug leicht zugänglich

Eine Million Stromer bis 2020?

Der Nissan bietet eine Menge Fahrspaß: Er ist spurtstark, komfortabel ausgestattet und leise. In den letzten zweieinhalb Jahren hat der Nissan Leaf ein neues Bild des Individualverkehrs vorgezeichnet, dem nun auch andere Hersteller wie Opel, VW und BMW folgen.

Inzwischen fahren über 58.000 Leaf nahezu geräuschlos und ohne Abgasemissionen auf den Straßen der Welt. Viele davon in belebten Stadtzentren - unter anderem als Taxi. Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, dass im Jahr 2020 auf Deutschlands Straßen eine Million Autos mit steckdosentauglichem Elektroantrieb unterwegs sind. Von dieser Massentauglichkeit allerdings sind die E-Autos noch weit entfernt. Vor allem aus zwei Gründen: Bei Preisen zwischen 24.000 und 38.000 Euro ist Elektromobilität im Augenblick noch etwas für Zweit- und Drittwagenbesitzer mit dem nötigen Kleingeld und einer Garage mit Kraftstromanschluss. Zum anderen ist die Infrastruktur an Stromtankstellen mit zur Zeit 4.500 Ladesäulen mehr als unterentwickelt. Parkhausbetreiber sind ebenso gefordert, Ladestationen für Stellplatzmieter einzurichten wie Unternehmen auf firmeneigenen Parkplätzen für ihre Mitarbeiter. Doch was nicht ist, kann ja noch werden - Nissan jedenfalls wohnt sich zu Recht auf dem richtigen Weg und bietet seinen Leaf mit einer soliden Ausstattung ab 29.690,- Euro an. Wer die Batterie zu einem Preis von 79 Euro im Monat least, kann 6.000 Euro beim Kaufpreis sparen.

Günter F. Kohl



Foto: Pitopia

Steuerspartipps vom Pfiffikus

Patchworkfamilie und Erbschaftsteuer

Etwa 14 % aller Kinder leben in Patchworkfamilien. Viele Probleme sind in diesem Geflecht aus Blutsverwandtschaft, Wahl- und freiwilligen Verwandten vorprogrammiert.

Das Erbrecht beruht auf Grundsätzen von Ehe, Blutsverwandtschaft, Kinderschaft. Das kann zu erheblichen Verwerfungen in der neuen Gemeinschaft führen.

Nach dem ErbStG gilt für Eheleute StKl I (Tarif 7 – 30 %, Freibetrag 500.000 Euro). Zuwendungen an den geschiedenen Ehegatten unterliegen grundsätzlich der StKl II (Tarif 15 – 43 %, Freibetrag 20.000 Euro; Ausnahme: Zugewinnausgleich). Leisten Sie deshalb vorgesehene Zuwendungen rechtzeitig vor der Scheidung! Ohne Erbvertrag oder Testament sind Stiefkinder nicht erbberechtigt. Das können Sie durch Schenkungen und durch Testament oder Erbvertrag vermeiden. Dann gilt auch für ein Stiefkind die StKl I mit einem Freibetrag von 400.000 Euro wie für leibliche und adoptierte Kinder. Hüten Sie sich aber wegen Steuervorteilen vor der Erwachsenenadoption ohne Einwilligung beider leiblicher Eltern Ihres Stiefkindes!

Info:
www.steuerberaterpfeifer.de,
Wolfgang Pfeifer, Berlin

Konkludent statt direkt
 BGH; Urteil vom 26.09.2013;
 VII ZR 220/12

Zieht der Bauherr in sein neu erichtetes Haus, so wird das von den Gerichten je nach den Umständen auch als konkludente Abnahme der Leistungen der Handwerker gewertet. Die Abnahme ist Voraussetzung für die Fälligkeit der Handwerkerrechnung und führt zu einer Umkehr der Beweislast. Bis zur Abnahme muss der Handwerker beweisen, dass er mangelfrei geleistet hat. Nach der Abnahme muss der Bauherr beweisen, dass ein Mangel vorliegt. Derjenige, der die Beweislast hat, ist in einem gerichtlichen Verfahren immer in der schwierigeren Position.

Der Bundesgerichtshof musste nun die Frage entscheiden, ob eine solche „konkludente Abnahme“ auch für die Leistung eines Architekten möglich ist. Der BGH hat das bejaht. Selbst wenn der Architekt keine detaillierten Pläne des Bauwerks an den Bauherrn nach Fertigstellung übergeben hat, kann seine Leistung nach einer mehrmonatigen Prüfungsfrist für den Bauherrn als abgenommen angesehen werden. Eine Frist von sechs Monaten hat der BGH für ausreichend angesehen.

12 Jahre sind nicht hinnehmbar
 BVerfG; Beschluss vom 05.08.2013;
 1 BvR 2965/10

Die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Dieser Spruch ist allgemein bekannt. Und in diesem Fall hat er sich auch leider bewahrheitet. Einem angestellten Redakteur war

von seinem Arbeitgeber gekündigt worden. Er hat sich dagegen mit einer Kündigungsschutzklage zur Wehr gesetzt. Das Verfahren ging durch die Instanzen. Es folgte während des laufenden Prozesses eine weitere Kündigung, die der Redakteur ebenfalls angriff. Auch das Verfahren wurde über mehrere Instanzen betrieben. Letztendlich wurde in 2010 rechtskräftig über den in 1988 begonnenen Rechtsstreit entschieden – nach über 20 Jahren.



Foto: Dieter Schütz_pixelio.de

Der Redakteur legte Verfassungsbeschwerde wegen der überlangen Verfahrensdauer ein. Das Bundesverfassungsgericht gab ihm Recht. Die Verfahrensdauer stellt eine Verletzung des Grundrechts auf effektiven Rechtsschutz in angemessener Zeit dar.

Das Bundesverfassungsgericht unterstrich, dass der Gesetzgeber für den Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit ein schnelles Verfahren zur Verfügung gestellt hat. Das sei ausdrücklich in dem Beschleunigungsgrundsatz des § 9 I ArbGG festgeschrieben.

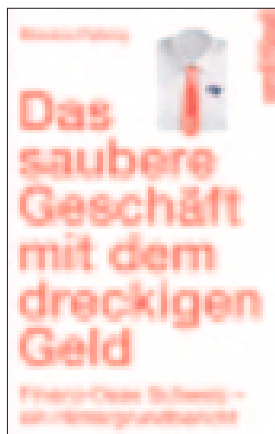
Weiterbildung und ihre Kosten
 BAG; Urteil vom 06.08.2013;
 9 AZR 442/12

Welcher Arbeitgeber hat nicht gerne kompetente und zuverlässige Mitarbeiter. Dazu gehört natürlich, dass die Mitarbeiter entsprechend fortgebildet werden. Als Arbeitgeber, der die Kosten dieser Kurse bezahlt, hat man natürlich ein Interesse daran, dass der Arbeitnehmer nach der Fortbildung nicht plötzlich fort ist.

Das Bundesarbeitsgericht musste sich genau mit dieser Frage befassen. Ein Arbeitnehmer hatte über zwei Jahre eine Weiterbildungsmaßnahme besucht. Zuvor hatten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Rückzahlungsvereinbarung geschlossen, die sich auf die entstandenen Aufwendungen für die Weiterbildung und die Lohnfortzahlungskosten bezog.

Ca. zwei Jahre nach dem erfolgreichen Abschluss der Kurse kündigte der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber verlangte ein Drittel der Kosten zurück. Beim Bundesarbeitsgericht unterlag er mit seiner Forderung. Die Klausel verstößt nach Auffassung der Arbeitsrichter als allgemeine Geschäftsbedingung gegen das Transparenzgebot und entfällt damit ersatzlos. Grund: Sie eröffnet dem Arbeitgeber ungerechtfertigte Beurteilungsspielräume.

Praxistipp: Gerade bei Vereinbarungen zu kostspieligen Weiterbildungsmaßnahmen sollten entsprechende arbeitsvertragliche Klauseln mit einem Fachanwalt für Arbeitsrecht abgestimmt werden, um nicht später böse Überraschungen zu erleben.



Das saubere Geschäft mit dem dreckigen Geld

Geb., 220 S., 21,95 Euro
ISBN 978-3-280-05518-2
Orell Füssli Verlag, Zürich

Auch wenn die Schweiz sich all die Mühe gibt, als „sauber“ da zu stehen, es will nicht so recht gelingen. Auf 2,2 Billionen Dollar werden die Vermögen geschätzt, die Ausländer auf ihrem nach wie vor beliebtesten Onshore-Finanzplatz bunkern. Dabei machen immer mehr deutsche „Kleinanleger“ die Erfahrung, dass sie mehr oder weniger rabiat von den Banken hinausgedrängt werden nach dem Motto: „Platz da, die Oligarchen kommen!“

DUDEN

Das Herkunftswörterbuch
Geb., fast 1.000 S., 24,99 Euro
Dudenverlag
ISBN 978-3-411-04075-9

Mittelstand (17. Jh., im Sinne von mittlerer Zustand und bürgerlicher Mittelstand), Selbstständig (16. Jh. selbständig, gebildete Person, später selbstständig, für sich bestehend), wirtschaftlich (die Wirtschaft betreffend, haushälterisch, sparsam, seit 1. Hälfte des 18. Jh.). Begriffen auf den Grund gegangen, das Duden-Herkunftswörterbuch hilft dabei und ist ein bewährter Helfer im Büroalltag.



Zukunftssicherung durch HR Trend Management

Geb., 188 S., 29,90 Euro
ISBN 978-3-89578-426-2
Publicis Verlag

Nur wer rechtzeitig die langfristigen Trends des Arbeitsmarktes, die sich ständig verändernden Bedingungen in den Unternehmen und die sich wandelnden Bedürfnisse erkennt, kann zielgerichtet den konkreten Bedarf an ausreichend qualifizierten und motivierten Mitarbeitern decken. Das Buch gibt Umsetzungstipps und liefert Perspektiven für die Personalarbeit für Unternehmen unterschiedlicher Größe, letztlich für alle, die an morgen denken.

Schrei vor Glück

Hagen Seidel
Geb., 224 S., 21,95 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05516-8

Der Untertitel „Zalando – oder Shoppen gehen war gestern“ sagt bereits eine Menge über den Inhalt des Buches. Der WELT-Korrespondent Seidel hält die Gründung von Zalando für die größte Einkaufsrevolution seit Einführung der Selbstbedienung. Auch die Gründer des mittlerweile in 14 Ländern vertretenen Online-Versenders kommen zu Wort und gewähren einen tiefen und analytischen Blick hinter die Kulissen.



Erfolg hat, wer Regeln bricht

Mike Fischer
Hardc., 208 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-7093-0550-8
Linde Verlag

Mike Fischer, der Autor weiß nicht nur, wie man gute Pizzen backt, sondern auch, welche Ingredienzien es braucht, um ein erfolgreicher Unternehmer zu sein. In seinem Buch legt er seine Zutaten zum Erfolg offen: Mut, um revolutionäre Ideen in funktionierende Geschäftsmodelle umzusetzen, Liebe zum Unternehmertum und zu den Menschen, mit denen er arbeitet, und eine Leidenschaft, die andere ansteckt. Ein bodenständiger Familienmensch, der nicht mehr verdient als die Geschäftsführer seiner Firmen.

Die Wirtschaft ist für den Menschen da

Hardcover, 256 S., 19,99 Euro
Patmos Verlag
ISBN 978-3-8436-0344-7

Nach Ansicht des Autors Ulrich Hemel, Unternehmer und Theologe, stehen die Begriffe „Kapital“ und „Wirtschaft“ in diesen Zeiten geradezu unter Generalverdacht. Für ihn ist Kapital an sich nicht schlecht – die Menschen sind es, die gut oder schlecht damit umgehen. In seiner scharfsinnigen Analyse hilft der Autor dem Leser, sich im Krisenschlingel des sog. Turbokapitalismus zurechtzufinden.



Geld – Die neuen Spielregeln

Geb., 300 S., 18,90 Euro
ISBN 978-3-552-06213-9
Hanser Verlag

Der Autor sorgt mit seiner Gemeinwohl-Ökonomie hier und dort für Furore, findet, dass „Gott und Mammon die Rollen getauscht“ haben und dass wir uns das nicht gefallen lassen sollten. Unser Gemeinwesen solle die Spielregeln, nach denen Geld in Umlauf kommt, neu bestimmen. So beschreibt er in diesem Buch detailliert und verständlich, wie wir zu einer neuen Geldordnung gelangen können. Man darf gespannt sein, ob dies auf dieser Erde irgendwo einmal erfolgreich und dauerhaft gelingt.

Für Sie gelesen von Günter F. Kohl



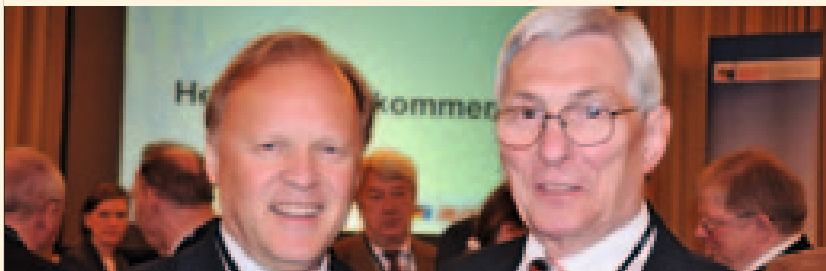
Vom Generalsekretär zum Bundesminister: Alexander Dobrindt machte den MIT- und MU-Funktionsträgern aus ganz Deutschland seine Aufwartung



Der scheidende Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen und die inhaltlich-politische Seele des Geschäftsstellen-Teams, Astrid Jantz



Hans Michelbach im Gespräch mit seiner Landesgeschäftsführerin Julia Gschrey



Kurze Beratungspause: Günter Reisner (rechts) gibt Tipps zur Mitgliederwerbung



Jürgen Presser, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, blickt auf eine langjährige Erfahrung in der Antragsarbeit zurück



Dieter Bischoff, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, Energie-Experte und „humoristischer Protokollant“ vieler Tagungen

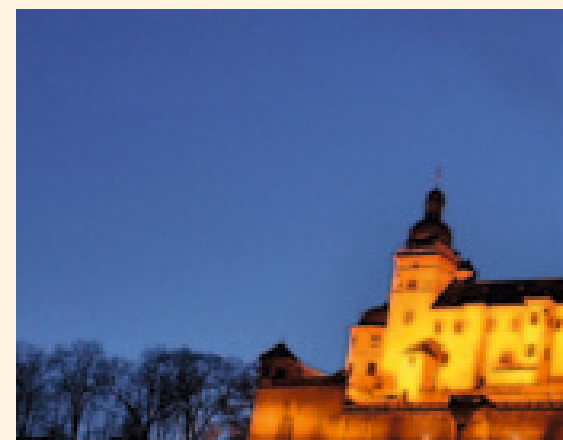


Der neue und der alte Bundesvorsitzende: Carsten Linnemann

Strategische Neuausrichtung Zukunftsflügel

Ein ganzes Bündel aktueller und grundsätzlicher Themen stand auf der Agenda der Kreisvorsitzenden-Konferenz der MIT und MU Ende März im fränkischen Würzburg. Der (bayerische) Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, sah in seinem Vortrag Deutschland an der Grenze zwischen einem Innovations- und einem Stagnationsland. Mit Blick auf den Koalitionsvertrag mit der SPD bekannte er sich zur Vertragstreue. Das heiße aber nicht, dass die Union jeden Blödsinn mitmachen müsse. Seine Ankündigung, die Lkw-Maut auf rund 1.000 km Bundesstraßen und auf die Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen auszudehnen, stieß bei den Zuhörern verständlicherweise auf wenig Gegenliebe.

Der gastgebende MU-Vorsitzende Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, rief die Union zu einer festeren Haltung bei manchen Vorhaben der großen Koalition auf: „Wir sollten uns nicht Gedanken darüber machen, wie wir es schaffen, weniger zu arbeiten, sondern wie wir mehr und länger arbeiten!“



Über allem strahlte die Würzburger Residenz



und Josef Schlarmann

chtung der MIT der Union

Der vor einem halben Jahr neu gewählte MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann will seine Vereinigung stärker als Stimme des Mittelstandes profilieren, ihre Kampagnenfähigkeit verbessern und zum „Zukunftsfügel der CDU“ werden. Ein neues Grundsatzprogramm sei in Arbeit, und in der Tagespolitik nehme sich die Mittelstandsvereinigung vor allem der Themen Rentenpolitik und kalte Progression an. Die Rente mit 63 sei ein falsches Signal. Der Renteneintritt müsse flexibel gestaltet, und bei der abschlagsfreien Rente dürften allenfalls fünf Arbeitslosensjahre angerechnet werden.

Dr. Markus Pieper, CDU-Europaabgeordneter und Spitzenkandidat der MIT für die Wahlen am 25. Mai, stellte die Forderungen der MIT in Sachen Europa vor. Er sei erfreut, dass eine ganze Reihe von Vorstellungen des Wirtschaftsflügels in das CDU-Europa-programm mit aufgenommen worden seien (siehe auch Seite 30).

Günter Kohl



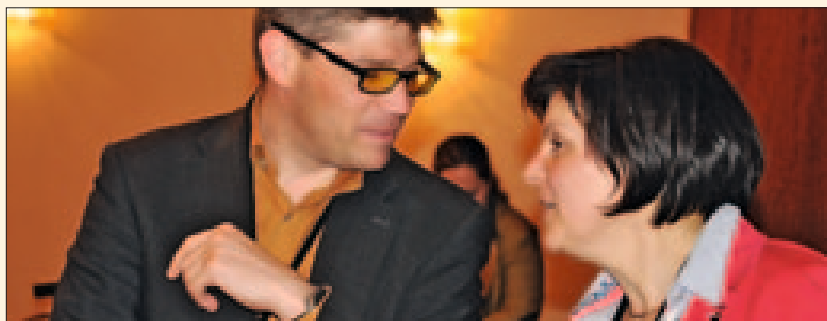
Drei mittelständische Schwergewichte in der Unions-Bundestagsfraktion: Christian von Stetten (links, PKM-Vorsitzender), Hans Michelbach (rechts, sein Stellvertreter) und Carsten Linnemann (Mitte)



Ein Blick ins Plenum: 150 Mittelständler zogen Bilanz ihrer Arbeit und blickten in die Zukunft ihrer Vereinigung



Die Diskussionen waren angeregt, fair und offen



Gedanken- und Ideenaustausch



Zusammen mit dem designierten Hauptgeschäftsführer (ab 1. Juni), Thorsten Alsleben, legt Vorsitzender Carsten Linnemann ein enormes Tempo bei der Neuausrichtung des Verbandes vor



Franken ohne Bocksbeutel – das geht gar nicht

Impressionen von der MIT-/ MU-Kreisvorsitzendenkonferenz mit Bundesminister Alexander Dobrindt in Würzburg

Die diesjährige Kreisvorsitzendenkonferenz der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU und der Bayerischen Mittelstands-Union fand in Würzburg statt. 150 Mittelständler aus ganz Deutschland kamen nach Unterfranken, um u. a. mit Ehrengast Alexander Dobrindt zu aktuellen Themen zu diskutieren.



Ein Blick ins Plenum



Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, MdB, eröffnet die Konferenz



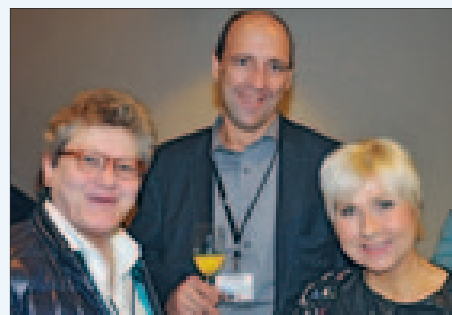
Hans Michelbach mit Ehrengast Alexander Dobrindt, MdB



Carsten Linnemann im Gespräch mit MIT-Bundesvorstandsmitglied und stellv. MU-Landesvorsitzenden Peter Götz



Diskussion mit Bundesminister Alexander Dobrindt zu aktuellen Themen



Ingrid Weindl und Harald Gollwitzer (beide MU-Landesvorstand) mit Brigitte Kohl beim Get-together des MittelstandsMagazins

Alle Fotos Angelika Cronauer

EEG-Reform muss langfristige Antworten liefern

MU-Landesvorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach fordert im Hinblick auf die EEG-Reform, Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) müsse nun „Kurs halten“. Die Überförderung der Erneuerbaren Energien müsse endlich abgebaut werden. Nur so könne der Anstieg der Energiepreise gedämpft werden. Die MU fordert bei der Umsetzung der Energiewende vor allem Investitionssicherheit, um für die Beteiligten Planungssicherheit herzustellen und die bessere Förderung von

Energieeffizienz durch die Einführung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Ein Binnenmarkt für Strom kann aus Sicht der MU die Preise senken.

Die MU fordert darüber hinaus die faire Gestaltung der Kostenverteilung. Dabei muss der Eigenverbrauch weiterhin von der EEG-Umlage befreit bleiben und die EEG-Umlage gedeckelt werden. Die Kosten für den Netzausbau sind gleichmäßig auf

alle Nutzer zu verteilen. Weiter fordert die MU, dass zur Steigerung des Eigenverbrauchs gerade kleinteilige Speichertechnologien marktfähig gemacht werden. Damit Deutschland Top-Wirtschaftsstandort bleibt, sind in erster Linie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sicherzustellen. Die Reform des ideologisch aufgeladenen EEG ist ein erster Schritt aber nur einer von mehreren notwendigen Bausteinen für eine ökonomisch nachhaltige Energiewende. Hier muss es endlich heißen: mehr Markt und weniger planwirtschaftliche Elemente.



Diskussion des Parlamentskreises Mittelstand zur EEG-Reform mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel



Die Klausurtagung des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion bot die Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder (rechtes Foto) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (linkes Foto) zu strittigen Gesetzesvorhaben der Großen Koalition konstruktiv ins Gespräch zu kommen. Schwerpunkte waren die Themen Mindestlohn und Rente mit 63 und die EEG-Reform



Der unsaubere Herr Schulz

Der MIT-Spitzenkandidat für die Europawahl am 25. Mai, Dr. Markus Pieper, MdEP, hat bei der Vorstellung des MIT-Forderungskatalogs für die Wahl in der Kreisvorsitzendenkonferenz in Würzburg einige deutliche politische Akzente in Richtung SPD gesetzt:

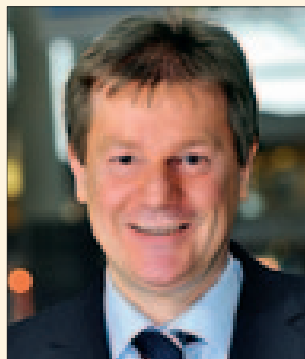
„Die CDU erteilt der Vergemeinschaftung von Schulden eine klare Absage: keine Eurobonds, kein Altschuldentilgungsfonds, keine grenzüberschreitende Haftung von Spareinlagen.

Das ist der entscheidende Unterschied zu Rot-Grün: Alle deutschen SPD- und Grünen-Abgeordneten unterstützen die Vergemeinschaftung von Schulden mit Eurobonds und gemeinsamen Schuldenfonds. Der tolle Parlamentspräsident Martin Schulz, Spitzenkandidat der deutschen und europäischen Sozialisten, verspricht in Deutschland Stabilität, und in Spanien und Griechenland kündigt er neues Geld aus EU-Töpfen an, die es gar nicht gibt. Madrid und Athen die Vergemeinschaftung von Schulden zu versprechen und in Berlin nichts davon zu sagen und damit deutsche Interessen zu hintertreiben – das ist unsauber!

Es ist übrigens die Fraktion von Martin Schulz, die der

merkwürdigen Öko-Designrichtlinie, das sind die Glühlampen, Staubsauger und Duschköpfe, zur Mehrheit verholfen hat. Es ist die Fraktion von Präsident Schulz, die uns bei der Debatte größte Sorgen macht und leider auch zulässt, dass am Meisterbrief gerüttelt wird. Und dann spricht ausgerechnet dieser Herr Schulz davon, Europa müsse sich auf die großen Themen konzentrieren – seine Fraktion macht seit Jahren das Gegenteil. Zweieinhalb Jahre hatte der SPD-Präsident Schulz Zeit, sich um Bürokratieabbau zu kümmern, das Gegenteil ist passiert

Schulz ist nicht Teil der Lösung, Schulz ist Teil des Problems in Europa. Das müssen wir im Wahlkampf klar herausstellen!“



Dr. Markus Pieper gehört dem Europäischen Parlament seit 2004 an und ist Co-Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe im EP. Er leitet die Europakommission der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

MIT-Europakommission: Duales Ausbildungssystem stärken!



Foto: Sonjwinzer_pixelio.de

Die Kommission Europapolitik unter der Leitung von Dr. Markus Pieper, MdEP, forderte in ihrer konstituierenden Sitzung, das duale Ausbildungssystem auf europäischer Ebene zu stärken und den deutschen Meisterbrief zu erhalten. Die Mitglieder der Kommission waren sich einig, dass die duale Ausbildung in Meisterbetrieben wesentlicher Baustein der wirtschaftlichen Stärke Deutschland ist. Dieses Fundament dürfe nicht weggerissen werden.

Meisterbrief muss bleiben!



Der Meisterbrief steht für Qualität im Handwerk, attraktive Arbeitsplätze und geringe Jugendarbeitslosigkeit. Am Meisterbrief darf nicht gerüttelt werden, beschloss daher der Vorstand der MIT Sachsen. Auch das Gütesiegel „Made in Germany“ muss erhalten bleiben. Hier plant die EU-Kommission, dass nur noch das zollrechtliche Ursprungsland genannt werden soll. Auf der Vorstandssitzung wurden auch die Eckpunkte für die Landtags- und Europawahl beschlossen. Der Landesvorsitzende der MIT Sachsen, Dr. Markus Reichel, fordert: „Wir als MIT Sachsen werden unsere Auffassungen bei europa- und landespolitischen Themen einbringen. In den kommenden Jahren müssen die Grundlagen für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Erfolgs in Sachsen gelegt werden.“

Chancen und Risiken für den Einzelhandel

Dem Einzelhandel macht das Online-Geschäft insbesondere bei Unterhaltungselektronik und Hardware, Büchern und Bekleidung zu schaffen. Das führte der Geschäftsführer des EHI Retail Instituts Köln, Michael Gerling, bei einer Veranstaltung der MIT

Greven aus. Der Grevener MIT-Vorsitzende Dr. Christoph Kösters stellte die Veranstaltung unter die Frage: Was wird aus dem stationären Handel insbesondere in den Innenstädten? Gerlings Fazit: „Auch auf lange Sicht werden Einzelhandel und

Service das Bild der Innenstädte prägen.“ Anschließend bewertete Prof. Dr. Bodo Risch, stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK Nord Westfalen zu Münster, die Situation des Münsterlandes insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.



Einzelhandel hat Zukunft (v.l.n.r.): Dr. Christoph Kösters, Anja Karliczek MdB, Albert Sahle, Tessa Sahle, Michael Gerling, Dieter Jasper und Prof. Dr. Bodo Risch

Elektromobilität im Fokus

Die MIT Köln stellte sich kürzlich die Frage, ob Elektromobilität reine Imagepflege in Sachen Umweltschutz sei oder ein wirklicher Nutzen mit Kostensparpotenzial. Als Diskutanten standen Edith Strunk (Geschäftsführerin Autohaus Strunk GmbH) und Dr. Roland Krüger (Application Specialist Elektro-Autos bei Ford Automobile) Rede und Antwort. Die MIT Köln

zeigte sich aufgeschlossen für die Nutzung von Elektroautos bei innerstädtischen Reichweiten. „Dank der geringeren Wartungs- und Betriebskosten können sie ein Betriebsergebnis positiv beeinflussen, ein geringerer Energieverbrauch und die damit geringeren Emissionen wirken positiv auf die Umwelt,“ resümiert die MIT-Vorsitzende Birgit Gordes.



Die MIT Köln diskutierte die Elektromobilität

Die MIT und der Koalitionsvertrag

Bei ihrem Vortrag im Selterser Mineralbrunnen stellte die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Patricia Lips, MdB, den schwarz-roten Koalitionsvertrag und seine Auswirkungen auf den Mittelstand vor. Vor den rund 50 Zuhörern der MIT Limburg-Weilburg sagte sie, die Rente ab 63 oder der flächendeckende Mindestlohn fänden auch Unterstützer im Unionslager. Es sei klar, dass dies der MIT „richtig weh tun würde.“ Auf die Frage, warum man dann nicht auch gegen diese Pläne gestimmt und sich nur der Stimme enthalten habe, antwortete Lips, dass die MIT jetzt in der Position sei, sich aktiv in die Ausgestaltung der

Mittelstandsbesuch in Berlin

Mit über 50 Mittelständlern reiste Bundesvorstandsmitglied und MIT-Vorsitzender in Meppen, Günter Reisner, nach Berlin. Auf dem Plan standen Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Staatssekretär Enak Ferlemann, Gitta Conemann, Albert Stegemann und Wolfgang Bosbach. Bei einem Frühstück mit dem MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann tauschte man sich über die aktuelle Politik in Berlin und die Positionierung der MIT zu den Themen Rente, Mindestlohn und Energiepolitik aus.



Die stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Patricia Lips erläuterte die Haltung der MIT zum Koalitionsvertrag

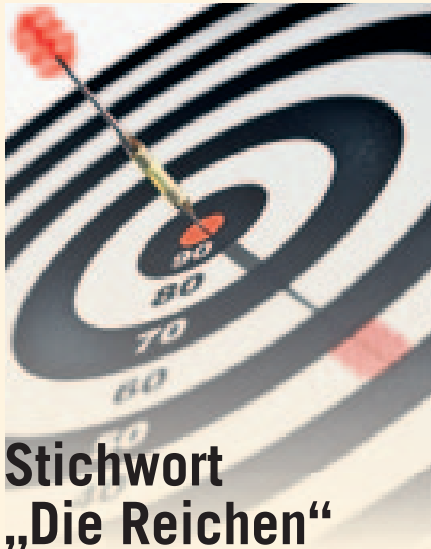


Foto: Fotolia.com

Stichwort „Die Reichen“

Viele Deutsche möchten gerne reich sein – warum wohl spielen 20 Millionen von ihnen jede Woche Lotto? Auf der anderen Seite ist eine Mehrheit der Deutschen, je nach Umfrage bis zu drei Vierteln, dafür, Menschen mit einem „höheren Einkommen“ mehr Geld abzuknöpfen. Laut „Sparkompass 2014“ des Forsa-Instituts sind 25 Prozent der Befragten für eine zehnprozentige Abgabe auf Vermögen von mehr als 250.000 Euro.

Die Kehrseite: Rund die Hälfte jener 201 Milliarden Euro, die 2013 als Lohn- oder Einkommensteuer in die Staatskasse flossen, stammten von den reichsten zehn Prozent unserer Gesellschaft. Etwa 40 Prozent aller Deutschen zahlen überhaupt keine Steuern aus Einkommen.

Deutsche Unternehmen zahlten 2012 fast 112 Milliarden Steuern. Die Besitzer dieser meist mittelständischen Betriebe sind „die Reichen“, die Arbeitsplätze schaffen und darüber hinaus auch noch sehr oft Geld für wohltätige Zwecke spenden.

Die Umverteiler in unserer Gesellschaft, mehrheitlich aus dem linken politischen Spektrum, werden dennoch nicht müde, Misstrauen und Neid zu schüren. Sie fordern Reichensteuer, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer – alles im Namen einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit.

Was ist zu tun? Vielleicht etwas mehr statt weniger arbeiten, mehr Einsatz zeigen, sich fortbilden, eine Firma gründen! Ohne Fleiß gibt's keinen gesellschaftlichen Aufstieg. Jeder Mittelständler und seine Familie wird es bestätigen.

Günter Kohl



Aus dem **Parlamentskreis Mittelstand**
des **Deutschen Bundestages**

Mindestlohn und Frauenquote

In den letzten Wochen haben die SPD-Minister der Bundesregierung weitere Maßnahmen vorgelegt, die aus ordnungs- und wirtschaftspolitischer Sicht fragwürdig sind: Mindestlohn, Mietpreisbremse und Frauenquote. Alles Gesetze bzw. Eckpunkte für Gesetzentwürfe von SPD-geführten Ministerien, die für den PKM sehr schwierig sind. Hinzukommt der „Dauerbrenner“ Rente, der am 3. April in erster Lesung im Deutschen Bundestag behandelt wurde.

Bei der Frauenquote fällt auf, dass sich die Zahl der Betroffenen Unternehmen deutlich nach oben verändert hat. Wurde bei Abschluss der Koalitionsverhandlungen noch von 2.000 Unternehmen gesprochen, die sich Vorgaben für den Aufsichtsrat und das Management geben sollen, erhöhte sich diese Zahl Ende Januar in einem Interview der zuständigen Ministerin Schwesig auf 2.500. In den jetzt veröffentlichten Eckpunkten wird von 3.500 Unternehmen gesprochen. Das Ministerium muss hier unbedingt Klarheit schaffen. Zudem merken jetzt auch die Gewerkschaften, dass eine Frauenquote auch für sie zu Problemen führen kann. Da sich Aufsichtsräte sowohl aus Arbeitgeber- als auch aus Arbeitnehmervertretern zusammensetzen, trifft die Quote auch die Gewerkschaften, die die Arbeitnehmervertreter zum Teil entsenden. Die haben ihre Bedenken mitgeteilt und bei der SPD offensichtlich Gehör gefunden: die Eckpunkte für die Frauenquote enthält nämlich im Hinblick auf die verbindlichen Vorgaben einen Prüfauftrag für die Frage, ob die Quote auch für die Arbeitnehmerbank gelten soll. Das ist absurd und natürlich nicht hinzunehmen: es muss vollkommen klar sein, dass jegliche Quotenvorgabe sowohl für Arbeitgeber als auch

für Arbeitnehmervertreter gleichermaßen gilt. Eine unterschiedliche Behandlung ist mit uns nicht zu machen.

Am 2. April hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Mindestlohn beschlossen. Wir werden uns im Deutschen Bundestag damit intensiv im Mai und Juni beschäftigen. Fest steht aber jetzt schon, dass auch bei diesem Entwurf nachgebessert werden muss. Die vorgesehene Altersgrenze von 18 Jahren ist viel zu niedrig. Heutzutage liegt das durchschnittliche Alter, in dem eine Ausbildung begonnen wird, bei knapp 20 Jahren. Eine Altersgrenze von 18 Jahren ist damit vollkommen unzureichend. Darüber hinaus müssen die geltenden Tarifverträge bis Ende 2016 weitergelten, auch wenn in diesen ein Mindestlohn festgelegt ist, der unter 8,50 Euro liegt. Dies gilt vor allem für die vielen regionalen Tarifverträge, die vor allem im Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft existieren.

Neben weiteren Kritikpunkten - etwa die damit verbundene Bürokratie – fällt beim Mindestlohngesetz auf, dass der Entwurf keine konkreten Zahlen über die finanziellen Auswirkungen auf die Unternehmen nennt. Unter Bezugnahme auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht der Normenkontrollrat davon aus, dass allein durch den Anstieg der Löhne auf 8,50 Euro, die Unternehmen im Jahr 2015 16 Mrd. Euro zusätzliche Lohnkosten haben.

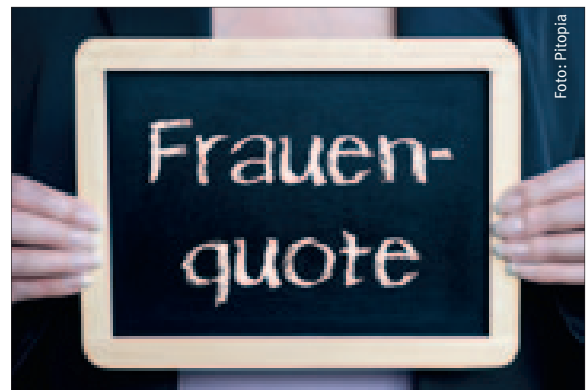


Foto: Pictopia

Die Frauenquote gilt natürlich auch für die Gewerkschaften

MIT Brandenburg

Die MIT Brandenburg hat Dr. Bernd Benser zum neuen MIT-Pressesprecher berufen. Der 45-jährige, promovierte Betriebswirt engagiert sich in der Ortspolitik seines Wahl-Heimatortes Fredersdorf-Vogelsdorf im Landkreis Märkisch Oderland als CDU-Ortsvorsitzender.

MIT Niederrhein

Einen erfolgreichen Generationswechsel konnte der niederrheinische MIT-Bezirksverband vollziehen. Michael Darda gab nach 14 Jahren den Staffelstab an den 42-jährigen Kaufmann Maik Giesen aus dem Kreis Viersen ab. Der Tönisvorster Ratsherr übernimmt einen gut aufgestellten Bezirksverband.

Giesen dankte seinem Vorgänger für das Engagement im Mittelstand. Stellvertretende MIT-Vorsitzende wurden Ansgar Heveling, MdB, Peter Kaiser, Burkard Ungricht sowie Michael Darda. Neue Geschäftsführerin wurde Karin Drabben.



(v.l.n.r.) Der neue niederrheinische MIT-Bezirksvorsitzende Maik Giesen mit Karin Drabben, Michael Darda und Ansgar Heveling

MIT Rems-Murr

Neuer Vorsitzender der MIT Rems Murr ist Roland Mischke. Er folgt auf Tobias Bunk, der aus privaten Gründen nicht mehr als Vorsitzender kandidierte und für die kommende Amtsperiode neben Thomas Linzmaier zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. In seinem Amt bestätigt wurde Schatzmeister Markus Fleschmann. Gunter Fauth wurde als Pressesprecher und Schriftführer neu in den Vorstand gewählt. Als Beisitzer wählten die Mitglieder Reinhard Alscher, Ottmar Escher, Hermann Griesser, Detlef Holzwarth, Jochen Kurz, Ulrich Messmer, Hans Schüßler, Volker Simon, Peter Mathias und Richard Herrous.

MIT Steinheim-Nieheim-Marienmünster

Der Vorsitzende Walter Rieks und sein Stellvertreter Karl Simonowski wurden auf der Mitgliederversammlung der MIT Steinheim-Nieheim-Marienmünster in ihren Ämtern bestätigt. Norbert Stolte wurde als weiterer Stellvertreter gewählt. Dirk Siekendiek wurde neuer Schriftführer. Als Beisitzer gehören dem Vorstand künftig Stefan Dreier, Alfred Gemmeke, Klaus Köller, Gerd Mahlmann, Jürgen Spier, Michael Spier, Olaf Strato, Markus Struck und Elmar Suckfüll an.

Steuerkommission nimmt Arbeit auf



Der Bundesvorstand hatte Dr. Mathias Middelberg MdB (Foto l.) zum Vorsitzenden der Kommission Steuern und Finanzen gewählt. In ihrer ersten Sitzung kam die von Dr. Mathias Middelberg, MdB, geleitete Kommission Steuern und Finanzen mit Staatssekretär Dr. Michael Meister, MdB (Foto r.) und Philip Graf von und zu Lerchenfeld, MdB, ins Gespräch. Diskutiert wurde über die Reform der Grundsteuer, die eingeschränkten finanziellen Spielräume für Steuerreformen und die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuervereinfachung.

In Gedenken an Paul Haarmeyer

Die MIT gedenkt des langjährigen Landes- und Ehrenvorsitzenden der MIT Hamburg, Paul Haarmeyer, der im Alter von 85 Jahren verstarb. Paul Haarmeyer war Gründungsmitglied und erster Landesvorsitzender der Hamburger MIT. Als selbstständiger Bäckermeister und Diplom-Kaufmann war er eine wichtige und authentische Stimme für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen.

Philipp Murmann

ist der neue Schatzmeister der Bundes-CDU. Der Parteitag wählte den Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein am 5. April in Berlin. Murmann ist Mitglied der MIT – herzlichen Glückwunsch.



Peter Taubers Berufung zum CDU-Generalsekretär wurde bei gleicher Gelegenheit vom Parteitag bestätigt.

Foto: dpa/ picture-alliance

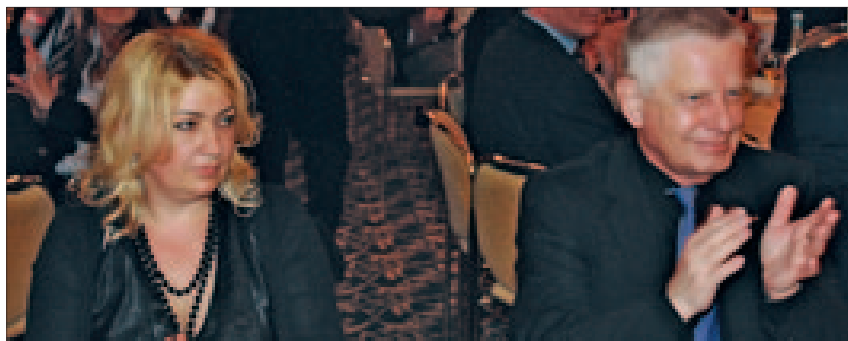

BAUSTELLE BERLIN
Liebe MIT-Streiter,

an dieser Stelle, an der unser Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (HDL), Sie, liebe Leserinnen und Leser, jahrelang über das Geschehen in der Hauptstadt, sowie über seine Gedanken und Emotionen, Sorgen und Befürchtungen, Freuden und Erfolge informiert hat, möchten wir uns nun von ihm verabschieden. Die MIT und die MU haben dies nach 18 Jahren in sehr würdiger Form am 29. März vor 150 Funktionsträgern in Würzburg getan.

Verlag und Redaktion folgen nun fotografisch. Die Bude des Poliers auf der Baustelle in Berlin ist geschlossen. Sein neues Domizil ist ein Einfamilienhaus mit seiner Ehefrau Birgitt in Reutlingen.

Alles Gute und Glück auf, lieber Dieter,

Dein Günter Kohl



Hans-Dieter Lehnen (HDL) und seine Ehefrau bei der Verabschiedung

Alle Fotos: Alexander Schaub



Laudator und einstiger Chef Lehnens, der nordrhein-westfälische Politiker Dr. Bernhard Worms



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann dankt HDL für seine 18-jährige Arbeit für die MIT



MU-Vorsitzender Hans Michelbach stattet den Dank der bayerischen Freunde ab



Bewegt und bewegt: HDL sagt tschüss

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**
Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Fotolia.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V

KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Printmedienpartner GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT



*Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard*



- ▶ aktuell und informativ
- ▶ hintergründig
- ▶ meinungsfreudig
- ▶ zielgruppenorientiert

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com

E-Mail: info@mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
IVW-geprüfte Auflagen-Analyse 3/2013: 40.500 pro Ausgabe
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

1 ist mir wichtig:

Unsere Mitarbeiter mit bKV und bAV optimal zu versorgen – heute und morgen.

Stefan Gimber

Stefan Gimber, Mitglied der Geschäftsleitung der ADMEDES Schuessler GmbH

Tamara Toberer, Mitarbeiterin der ADMEDES Schuessler GmbH

Die ADMEDES Schuessler GmbH ist Allianz Kunde seit 1996

Mitarbeiter umfassend versorgen – mit attraktiven betrieblichen Zusatzleistungen.

Sie wollen leistungsstarke Mitarbeiter, die gerne bei Ihnen arbeiten und gemeinsam mit Ihnen in die Zukunft blicken? Wir bieten Ihnen eine Win-win-Situation mit der betrieblichen Krankenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung der Allianz. Denn sie schaffen Sicherheit – für heute und für morgen. Nutzen Sie diese beiden Personalinstrumente zur Mitarbeitergewinnung und -bindung und versorgen Sie Ihre Mitarbeiter optimal aus einer Hand. Einfach, transparent und servicestark. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.business.allianz.de/mitarbeiterversorgung

Allianz 